

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 32 / 22. SEPTEMBER 23

Wir ergreifen Partei

FÜR BEZAHLBARE WOHNUNGEN.

Am 22. Oktober SP Liste 2 in den Nationalrat,
Daniel Jositsch wieder in den Ständerat



WIR
ERGREIFEN
PARTEI.



PARKING DAY

Blaue Zone für einmal bunt

SEITEN 14 - 15

Bild: Tim Haag

NATIONALE WAHLEN 2023

**Klein, laut und aufsässig:
Die AL im Wahlportrait**

S.16 - 17

IM GESPRÄCH

**Abhängige vertreiben?
Das Problem bleibt.**

S.12 - 13

«LIVING MATTER(S)»

**Materie mit Kunst
beseelen**

S.22

Dokumentation

Die 1987 in Vietnam geborene Künstlerin Sung Tieu migrierte während der letzten Tage der DDR mit ihren Eltern nach Berlin und verbrachte Teile ihrer Kindheit in der 1000 Wohnungen umfassenden Plattenbausiedlung Gehrenseestrasse, worin das Regime eine Grosszahl der behördlich angeworbenen Arbeiter:innen aus dem Bruderstaat unterbrachte und sozial kontrollierte. Dann fiel die Mauer. Aus dem Willkommensein wurde ein Verloren- und Fremdsein. Die Immobilie wurde geräumt, damit spekuliert und soll demnächst weiter «entwickelt» werden. Sung Tieu vermengt in ihrer Kunst eigene Erfahrungen und ihre Familiengeschichte mit Archivrecherchen zu Fragen von Migration, Identität und Bürokratie, die sie in einem politisch-narrativen Ansatz in atmosphäri-



Sung Tieu «Song for VEB Stern-Radio Berlin», 2021, (Bild: Reto Kaufmann)

sche Rauminstallationen alias Denk-Mal-Anordnungen überführt. Ende Oktober erscheint eine Publikation, die ihr Recherchematerial dokumentiert. *froh.*

Sung Tieu: «**One Thousand Times**», bis 19.11, Kunst Museum Winterthur / beim Stadthaus, Winterthur.

Neudenken

Nora Amin und Irina Kastrinidis laden mit «Clash – digitale Auferstehungen» zu einer maximalperspektivischen Neuverortung an einen Ort ausser-



(Bild: Remo Hexspoor)

halb von Raum und Zeit und führen ihr Publikum mit Augmented-Reality-Brillen voraussichtlich über das Erwartbare hinaus. Bedeutende Frau-

en aus der Vergangenheit von Hatshepsut über Jeanne d'Arc bis zu Jackie O. erscheinen als digitale Wiederbelebungen, die mit ihren Gedanken zu Patriarchat und Macht, Krieg und Liebe den Fokus auf die Frage legen, ob überhaupt irgend ein Anlass auszumachen ist, die Hoffnung auf eine gerechtere Welt nicht aufzugeben. «Clash» ist eine internationale Kooperation, worin sämtliche Involvierten ihre jeweilige Perspektive (mit-)teilen, die sich überlappen oder auch gegenseitig ausschliessen können. Ob daraus ein babylonisches Ideengewirr oder ein altgriechisches Entdecken erwächst, bleibt vor Ort zu erkunden. *froh.*

«**Clash – digitale Auferstehungen**», bis 30.9., 20h (So, 18h), Fabriktheater, Zürich. Plus Rahmprogramm.

Lesbengeschichte

Die Literaturwissenschaftlerin und Herausgeberin von Ida Ernes Werk über eine lesbische Liebe in den 1950er-Jahren «Anders als die anderen», Madeleine Marti und Monika Saxer, Mitgründerin und aktiv im Bücherraum F in Oerlikon, gestalten und führen den Stadtteilspaziergang «Auf lesbischen Spuren in Oerlikon». Ida Erne lebte ab 1946 bis zu ihrem Tod im Quartier und gleich nebenan in Neu-Oerlikon erhielten zahlreiche neue Strassen die Namen von berühmten, auch lesbischen, Frauen wie Therese Giese, Erika Mann und Annemarie Schwarzenbach. Manche der Bücher von und über diese Frauen sind in der Frauenlesbenbibliothek «Schema F» zugänglich, die im Frauenzentrum an der Mattengasse gegründet und vor fünf Jahren im Bücherraum F wieder aufgelebt ist. *froh.*

«**Auf lesbischen Spuren in Oerlikon**», Sa, 23.9., 15h, Ecke Ohm-/Nansenstrasse (vor Haus 3), Zürich. Nächstmals: Do, 5.10., 19h. Kosten: 20 Franken. Anmeldung erbeten. www.lesbengeschichte.ch



Ida Erne mit Freundin

Menschenrechte

Am 10. Dezember vor 75 Jahren verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die dreissig Punkte starke Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR). Das Projekt «Mensch, du hast Recht» will an die Utopie erinnern und die dreissig Artikel musikalisch untersuchen. Dabei stützen sich die Regisseurin Ursina Greuel und die musikalische Leiterin Anna Trauffer auf die AEMR in einfacher Sprache, weil es um die Klarheit und Verständlichkeit der Inhalte geht

und nicht um die rechtlich exakte Formulierung. Die insgesamt neun involvierten Schauspieler:innen und Musiker:innen formen innerhalb des Abends immer wieder neue tableaux vivants und



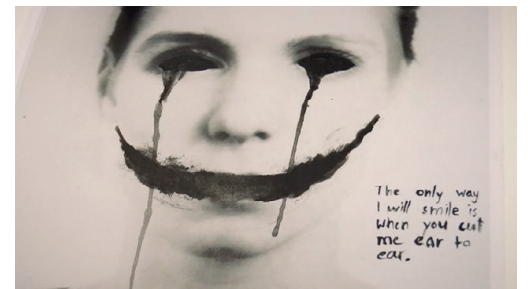
(Bild: Ayse Yavas)

verdeutlichen mit ihrer eigenen Vielsprachigkeit den universellen Anspruch. Die rhetorische Frage auf der Einladung, «Stellen Sie sich vor, alle Menschen würden eine Würde haben. Würden Sie das wollen?», verdeutlicht die Absicht des Hochlebenslassens der AEMR. *froh.*

«**Mensch, du hast Recht**», Sa, 23.9. (ausverkauft) bis Do, 16.11., 19h (Sa/So, 17h), sogar Theater, Zürich.

Jugendpsychiatrie

Allenthalben ist die Rede von fehlender Kapazität, wenn es um die professionelle Sorge um die nicht mehr eigens bewältigbaren Nöte von Jugendlichen geht. Woraus diese aber überhaupt bestehen und aus welcher Dringlichkeit eine fachliche Betreuung erforderlich ist, erscheint in keiner Statistik. Deborah Neiningen und Jan Sulzer filmten während dreier Jahre den Alltag in der Jugendpsychiatrischen Abteilung der Universitätsklinik



Basel. Die Sozialpädagogin Marion und der Psychiatriepfleger Andreas sind im Film «Wenns eng wird» als einzige identifizierbar. Die Jugendlichen bleiben bewusst geschützt, wenn sie sich offen über ihre Sorgen und Ängste äussern. Allem Voyeuristisch-reisserischem ist dem Film also bereits konzeptionell entzogen, derweil der Fokus auf der Lebensrealität der betreffenden Jugendlichen ruht und ein eindringliches Zeugnis davon abgibt. *froh.* «**Wenns eng wird – eine Langzeitbeobachtung**», So, 24.9., 11h, Kino RiffRaff, Zürich. Anschl. Podiumsgespräch mit Fachpersonen.

«Ich zeige auch nach zehn Jahren noch gerne Kante»

Daniel Leupi setzt bei seiner Ständeratskandidatur auf den Erfolg von Daniel Jositsch, partiübergreifende Unterstützung und sein Palmarès aus zehn Jahren im Amt des Finanzvorstehers. Tim Haag hat mit ihm gesprochen.



Herr Leupi, wir sitzen in Ihrem Büro im Zürcher Finanzdepartement. Ist Ihnen dieses Büro zu klein geworden?

Nein, auf gar keinen Fall. Ich bin sehr gerne Stadtrat. Ich bewerbe mich für den Ständerat, weil ich aus meiner Tätigkeit als Finanzvorsteher sehe, wie viele Themen, die die Städte betreffen, in Bern einen zu geringen Stellenwert haben. Und wenn ich gewählt werde, werde ich wohl eine Träne vergiessen, weil die Arbeit als Finanzvorsteher sehr erfüllend ist. Wenn ich nicht gewählt werde, werde ich das natürlich bedauern, aber es wird keine Tränen geben.

Dann bleiben Sie im Finanzdepartement?

Auf jeden Fall. Es gibt genügend Themen in diesem Amt, die ich hochspannend finde. Ich denke da an die Herausforderungen rund ums Thema Wohnraum, den Fachkräftemangel, die Digitalisierung oder die anstehende Steuerrechtsrevision des Kantons. Langweilig wird mir in diesem Büro bestimmt nicht.

Sie bringen Exekutivverfahren mit, aber Bundesbern ist für Sie Neuland. Wie setzen Sie sich gegen ihre Mitbewerber:innen am 22. Oktober durch?

Es ist ein offenes Geheimnis, dass ich auf den zweiten Wahlgang setze und darauf, dass Daniel Jositsch in der ersten Runde gewählt wird. Dann kann ich im zweiten Wahlgang auf die Stimmen von SP, Grünen und AL zählen. Ausserdem haben Nachwahlanalysen gezeigt, dass ich bei vergangenen Stadtratswahlen stets partiübergreifend Stimmen erhalten habe und bis weit in die Mitte eine breite Unterstützung geniesse.

Kommt diese Unterstützung aus der Mitte von den schwarzen Zahlen, die Sie als Finanzvorsteher in den letzten 10 Jahren stets geschrieben haben?

Ich denke, das ist sicher ein Teilaspekt. Dazu gehört auch, dass meine Unterstützer:innen wissen, wie gross die Geschäftslast als Finanzvorsteher ist und dass man in diesem Amt seinen Job beherrschen muss, um nicht permanent unter Druck zu stehen. Andererseits liegt es wohl auch

daran, dass ich mich zwar klar positioniere, aber letztlich immer Lösungen suche. Wenn das andere politische Lager bereit ist, Lösungen zu finden, bin ich kompromissfähig und versuche nicht einfach, Maximalforderungen durchzudrücken.

Im Frühling gerieten Sie jedoch vonseiten der Mitte und besonders von den Bürgerlichen in Kritik. So echauffierten sich einige Stimmen darüber, dass Sie sich trotz ihres Amtes als Exekutivpolitiker für zwei linke Wohnungsiniciativen eingesetzt haben. Es hiess, Sie missbrauchen die Volksinitiative als Wahlkampfvehikel.

Mein Engagement bei der Vorkaufsiniciative und der Wohnungsiniciative habe ich lange vor der Entscheidung, als Ständerat zu kandidieren, begonnen. Dieser Vorwurf ist also nicht gerechtfertigt. Es ist mir bewusst, dass es für einen Stadtrat aussergewöhnlich ist, in einem Initiativkomitee zu sein, gleichzeitig bewegt das Thema Wohnen die Bevölkerung auch aussergewöhnlich. Wenn ich finde, dass in einem Bereich im Kanton etwas vorwärtsgehen muss, zeige ich auch nach zehn Jahren noch gerne Kante.

Zurück zu ihrer Ständeratskandidatur: Was bringen Sie nach Bern?

Einerseits meine Erfahrungen als Gründungspräsident der Städtischen Konferenz der Finanzdirektoren. Wir waren beispielsweise bei der Unternehmenssteuerreform III – zusammen mit den linken Parteien – ein wesentlicher Faktor für das Nein der Stimmbevölkerung gewesen. Ausserdem war ich immerhin acht Jahre Mitglied und vier Jahre Fraktionspräsident im grössten kommunalen Parlament der Schweiz.

Wo setzen Sie Ihre inhaltlichen Prioritäten?

Einen klaren Fokus werde ich sicher auf das Thema Wohnen setzen. Es gibt in Bern zwar Akteur:innen, die sich mit dem Thema beschäftigen, aber meiner Meinung nach muss das mickrige Engagement des Bundes in diesem Bereich verstärkt werden. Konkrete Forderungen wären, dass der

Bund, besonders in den Städten und der Agglomeration, wo die Preise stark steigen, Liegenschaften nicht mehr den Meistbietenden, sondern zu fairen Preisen an die Städte und Gemeinden verkauft. Oder er soll Wohnbaugenossenschaften finanziell unterstützen. Genauso wichtig ist mir das Klima, besonders nach diesem Sommer. Hier dürfen wir nicht lockerlassen, bis Massnahmen umgesetzt sind, die zumindest halbwegs darauf hoffen lassen, dass wir das Netto-Null-Ziel so schnell wie möglich erreichen. Und ich möchte mich aus finanzpolitischer Sicht darauf fokussieren, dass die Interessen der Menschen in den urbanen Gebieten beachtet werden. Ich denke da an den nationalen Finanzausgleich. Der Ausgleichstopf für Sonderlasten der peripheren Gebiete ist voll gedeckt, derjenige für die urbanen Gebiete hingegen nur zur Hälfte. Ein anderes Beispiel sind Steuerreformen, die einseitig auf eine Wachstumspolitik von Unternehmen setzen und dabei die negativen Folgen für die urbanen Gebiete ausser Acht lassen.

Sie haben das Thema Daniel Jositsch schon angesprochen. Ist es der richtige Weg, die beiden Zürcher Ständeratssitze mit zwei älteren, männlichen Daniels zu besetzen?

Und dann haben die beiden Daniels sogar noch denselben Jahrgang! Im Ernst: Momentan haben die Grünen einen Mann und vier Frauen im Ständerat. Man kann es also nicht den Grünen anhängen, dass zu wenige Frauen im Ständerat sind – hier machen wir mehr als jede andere Partei. Aus diesem Grund war diese Diskussion parteiintern recht unaufgeregt, als es um meine Kandidatur ging.

Sie haben ein Wahlkampfbudget von 200 000 Franken. Wie finanzieren Sie sich?

Rund 25 000 bringe ich selber auf, von der Partei kommen 50 000 Franken, den Rest sollen Spenden ausmachen. Reichen die Spenden nicht, muss ich entweder mit weniger Geld auskommen oder noch einmal in die eigene Tasche greifen.

Wollen Sie offenlegen, wie viele Spenden Sie schon erhalten haben?

Die konkrete Zahl möchte ich an dieser Stelle nicht nennen. Ich kann aber sagen: Es sind noch nicht so viele wie nötig.

STÄNDERATSWAHLEN 2023

P.S. hat die Kandidat:innen von Links bis Mitte dazu befragt, warum gerade sie den Kanton Zürich im Ständerat vertreten sollten. Diese Woche steht Daniel Leupi (Grüne) Rede und Antwort.

Grüne auf SP sauer

Ein ausgesprochen langweiliger Morgen endete im Kantonsrat mit einer Wutrede von Jasmin Pokerschnig (Grüne) an die SP-Fraktion, die die parlamentarische Initiative für eine Steuerermässigung von mindestens 250 Franken nicht unterstützte.

Koni Loepfe

SP und Grüne sind zwar beileibe nicht immer ein Herz und eine Seele, aber derart sauer auf eine andere Meinung zu sein, ist als Reaktion selten. Beat Bloch (CSP, Grüne Fraktion) wollte mit einer parlamentarischen Initiative erreichen, dass der Regierungsrat in Krisenzeiten die Kompetenz erhält, den geschuldeten Steuerbetrag für Steuerpflichtige mit einem tiefen bis normalen Einkommen (bis 60 000 Franken steuerbarem Einkommen bei Ledigen und 90 000 Franken bei Verheirateten) und einem Vermögen von unter 100 000 Franken, respektive 200 000 Franken bei Verheirateten um mindestens 250 Franken zu senken, um so etwas von der durch die Teuerung verlorenen Kaufkraft zu ersetzen. Gedacht war dies weder als Dauerlösung noch als eine Änderung des Steuersystems, sondern als eine Notmassnahme für die Bevölkerung wie bei Corona für die Wirtschaft. Damit soll die Kaufkraft auch der Wirtschaft erhalten bleiben.

Dass die SVP trotz Sympathien (Marcel Suter), die GLP und die FDP für eine allgemeine Steuersenkung plädierten, überraschte die Grünen nicht. Dass aber die SP, die am gleichen Morgen mit einer Fraktionserklärung ihren Wahlschlager des Kaufkraftersatzes sang, aber den konkreten Vorschlag der Grünen und der AL ablehnte, kam bei diesen ganz schlecht an. Die beiden Ablehnungsgründe erläuterte Stefan Feldmann: Erstens störte er sich massiv an der Kompetenzverschiebung vom Kantons- zum Regierungsrat und zweitens fand er, dass ein Abzug auf dem geforderten Steuerbetrag ein grosser

Systembruch sei. Man könne mit der SP gerne über höhere Grundabzüge oder andere Progressionen reden. Das Nein zur parlamentarischen Initiative bezeichnete Jasmin Pokerschnig als «technokratischen Eiertanz» und das am Morgen, an dem die SP ihr «Kaufkraftgedöns» von sich gegeben habe. «He, Kollegen zur Linken, das reicht nicht», gab sie der SP zu verstehen, die darauf nichts erwiderte, so dass man angeregt zum Mittagessen schreiten konnte. Zur Einordnung: Auch wenn die SP geschlossen dafür gestimmt hätte, wären die nötigen 60 Stimmen nicht zustande gekommen. Dass die SP den Vorschlag keinen grossen Hit fand, kann ich nachvollziehen. Aber was hätte es gekostet, wenn man auch eine in den eigenen Augen schlechte Vorlage für den richtigen Zweck eingehend geprüft hätte und vielleicht sogar etwas Drittes daraus gemacht hätte.

Der Kantonsrat überwies mit absoluter Mehrheit (ohne FDP und SVP) eine parlamentarische Initiative des Zürcher Gemeinderats, die verlangt, dass auch stimmen und wählen kann, wer dauernd urteils-

«Wer beispielsweise seine Finanzen nicht ordnen kann, muss nicht politisch uninteressiert sein.»

Mandy Abou Shoak (SP)

unfähig ist. «Wer beispielsweise seine Finanzen nicht ordnen kann, muss nicht politisch uninteressiert sein», führte Mandy Abou Shoak (SP) aus. Zudem wiesen sie und andere darauf hin, dass die Schweiz die UNO-Konvention unterschrieb, die das verlangt. Als Gegenargument kam vor allem, dass dann der Bestand zwei Stimmen habe.

Der Kantonsrat wählte mit 162 Stimmen Dominika Blonski für weitere vier Jahre als Datenschutzbeauftragte und genehmigte ein in seinen Augen schlankes Reglement für die Ausrichtung eines Zürcher Zukunftspreises durch den Kantonsrat für nicht ganz 20 Jahre.

Unklare Ziele

Ein überparteiliches Komitee, zurzeit vor allem aus Bildungspolitiker:innen der FDP und der GLP bestehend, stellte die Initiative «Für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» am Mittwochmorgen vor. Ob damit die Sonderklasse zurückkommt oder nicht, bleibt nach den verschiedenen Voten der Medienorientierung unklar.

Koni Loepfe

Përparim Avidili, der umtriebige FDP-Parteipräsident der Stadt Zürich betonte, dass die Initiative die Schule nicht in alte Zeiten zurückführen wolle, sprach aber gleichzeitig von «der sogenannten integrativen Schule, die die «Volksschulen überlastet, Lehrpersonen frustriert und Eltern unglücklich macht.» Chantal Galladé, GLP-Kantonsrätin und ehemalige Schulpräsidentin in Winterthur hingegen sprach wie auch GLP-Kantonsrätin Christina Stünzi von einem zusätzlichen Werkzeugkasten, den die Schule mit der Förderklasse erhalten solle. Ihr geht es vor allem darum, die seit der integrativen Förderung nicht mehr vorhandene D-Klasse für Verhaltensgestörte wiederzubeleben. Wobei sie findet, dass der Aufenthalt in der Förderklasse mindestens ein halbes Jahr dauern und die Wiedereingliederung in die Regelklasse ein Ziel sein soll. «Ob man dies nun eine Lerninsel nennt, die es heute schon gibt, oder Förderklasse ist mir eigentlich egal.» Die Hauptsache für sie und auch für Christa Stünzi ist, dass zwischen der Regelklasse und der Sonderschule ein drittes, festes Angebot besteht, bei dem eine Heilpädagogin und nicht die Klassenlehrerin die Verantwortung trägt und das in einem «normalen» Schulhaus stationiert ist. Wie dies auf dem Land funktioniert, ist noch relativ unklar, weil die Schüler:innen mehrerer Gemeinden sich an einem Ort treffen. Die Initiative schreibt vor, dass jede Gemeinde die Möglichkeit des Besuchs einer Förderklasse ermöglichen muss, das Wie überlässt sie aber ihnen.

Der pensionierte Sonderpädagoge Riccardo Bonfranchi hingegen will ganz klar zu den alten Sonderklassen zurück. Für ihn ist entscheidend, dass alle Schüler:innen in stabilen Klassen gefördert werden, die ihrem

intellektuellen und sozialem Niveau entspricht. Dass diese alte Form der Sonderklassen, von der er aus der verklärten Sicht auf die Vergangenheit berichtet, nicht in erster Linie aufgehoben wurde, weil die Resultate schlecht waren, verdrängt er. Schulleiterin und FDP-Gemeinderätin Yasmine Bourgeois steht irgendwo

«Ob man dies nun eine Lerninsel nennt, die es heute schon gibt, oder Förderklasse ist mir eigentlich egal.»

Chantal Galladé (GLP)

dazwischen. Abgesehen davon, dass sie findet, dass die heutige Schule den Bedürfnissen vieler Schüler:innen nicht gerecht werde, will sie vor allem eine Neuordnung der Kompetenzen. Für die Regelklassen sollen die Lehrer:innen die Verantwortung tragen, für die Förderklassen Heilpädagog:innen. Für sie ist die Förderklasse ein Hebel, um die Schulen umzumodeln und auch dafür zu sorgen, dass pro Klasse weniger Lehrer:innen und Klassenassistent:innen tätig sind. Woher die bereits heute fehlenden Heilpädagog:innen kommen werden, kümmert sie vorläufig nicht.

Die Initiative ist in der Form einer allgemeinen Anregung gehalten. Das heisst, dass bei einer Annahme die Bildungsdirektion die entsprechenden Gesetze im Detail ausarbeitet. Was ausgesprochen schwer fallen dürfte, wenn ein Initiativkomitee mit so vielen Zungen spricht, die unter einer Förderklasse so Verschiedenes verstehen.

Von «Bäcki» bis Flughafen

Der Gemeinderat befasste sich unter anderem mit dem Flughafen und mit der Crack-Szene in der Bäckeranlage.

Nicole Soland

Zum Start der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend standen Fraktions- und persönliche Erklärungen im Fokus. So gaben unter anderem gleich zwei Mitglieder der SVP persönliche Erklärungen ab zum «Gendergaga», also dazu, dass man nun angeblich «Elternteil» sagen müsse statt «Mutter» beziehungsweise «Vater». Sophie Blaser (AL) entgegnete ihnen trocken, sie verstehe die Aufregung nicht (siehe zu diesem Thema auch Seite 9 dieser Ausgabe/nic.).

Mit einem dringlichen Postulat verlangten Florian Utz (SP), Nicolas Cavalli (GLP) und zwei Mitunterzeichner:innen, dass die Flughafen Zürich AG auf die Finanzierung von Parteien und Abstimmungskämpfen verzichten solle. Florian Utz führte aus, die Flughafen Zürich AG gebe Geld an FDP und SVP, und öffentlich geworden sei dies, weil die EVP ebenfalls Geld erhalten, dieses aber zurückgegeben habe. Der Flughafen handle aus «Eigennutz» und finanziere jene Parteien, die «pro Flug-

hafen» seien. Als «Gegenleistung» werde ein Stimmverhalten im Kantonsrat erwartet, das im Sinne des Flughafens sei. Das sei ein «hochproblematisches» Verhalten, denn der Flughafen gehöre zu knapp vierzig Prozent «letztlich der Bevölkerung». Diese solle selbst wählen können, wen sie «beglücken» möchte, gerade auch angesichts der Abstimmung über die Pistenverlängerung.

Stefan Urech (SVP) erinnerte ihn ungerührt daran, dass sein ehemaliger Fraktionskollege Roger Liebi zusammen mit dem Grünen Markus Knauss vor einigen Jahren per Motion gefordert hatte, dass die Stadt ihre Flughafenaktien verkaufen solle (siehe auch P.S. vom 6. Juli 2018.) Doch die SP habe «an vorderster Front dagegen gekämpft». Da Stadtpräsidentin Corine Mauch zudem «unsere Vertretung in der Flughafen AG» sei, bräuchte es das Postulat gar nicht – und: gegen «SP-Wahlflyer in Schulhäusern» habe die SP ja auch nichts. Martina Zürcher (FDP) erklärte, der Flughafen sei nur eine von vielen Institutionen. Wenn mit städtischem Geld keine Parteien fi-

nanziert werden dürften, solle das für alle gelten. Deshalb schlug sie eine Textänderung vor: Statt «Flughafen Zürich AG» sollte im Postulatstext «Drittinstitution» eingefügt werden. Zudem, fügte sie an, stimme es nicht,

lich nicht durchsetzbar sei. Dennoch spreche sich die Mitte-/EVP-Fraktion fürs Überweisen aus. Samuel Balsiger (SVP), der nach eigenen Angaben stets nur zum Thema spricht, erging sich darüber, wie viele Millionen die Unia «für den Arbeitskampf» horte. Schliesslich sprach sich der Rat mit 83 gegen 31 Stimmen (von SVP und FDP) für die Überweisung des unveränderten Postulats aus.

Mit einem weiteren dringlichen Postulat forderten Michele Romagnolo und Samuel Balsiger (beide SVP) die «Auflösung der offenen Drogenszene in der Bäckeranlage» (siehe dazu Seiten 12 – 13 dieser Ausgabe/nic.). Auf der Ratslinken hingegen wurde vor allem gewarnt, es wäre unverantwortlich, sich vom bewährten Vier-Säulen-Prinzip abzuwenden. Marcel Tobler (SP) wunderte sich, weshalb die SVP nicht erst die Antwort des Stadtrats auf ihre schriftliche Anfrage vom vergangenen 23. August abwarte: Sie wolle wohl «nachdoppeln», weil der Rat vor zwei Wochen ein erstes SVP-Postulat zum Thema Crack diskussionslos überwiesen hatte (womit natürlich die breite mediale Aufmerksamkeit entfiel... /nic.) Mit 63:54 Stimmen (von SVP, FDP, Mitte-/EVP und GLP) lehnte es der Rat ab, das Postulat zu überweisen.

«Die Spendenpraxis der Flughafen Zürich AG steht seit Jahren in ihrem Geschäftsbericht.»

Martina Zürcher (FDP)

dass erst der Verzicht der EVP auf das Geld der Flughafen AG deren Spendenpraxis öffentlich bekannt gemacht habe: «Das steht seit Jahren in ihrem Geschäftsbericht.» Markus Knauss (Grüne) erinnerte sich ebenfalls an die Debatte vom 4. Juli 2018 und daran, dass es aus der SP-Fraktion geheissen habe, die Aktien seien nötig, nur sie sicherten uns den Einfluss. Doch in Tat und Wahrheit könnten wir die Aktien verkaufen, mehr nicht, befand er. Roger Föhn (EVP) erklärte, bereits der Kantonsrat sei zum Schluss gekommen, dass die Forderung der Postulant:innen recht-

Reklame

Wir ergreifen Partei
FÜR EINE SOZIALE SCHWEIZ.

CÉLINE WIDMER BISHER
FABIAN MOLINA BISHER
MIN LI MARTI BISHER

SP LISTE 2

«Sozialdemokratische» Migrationspolitik? Mitnichten!

In der P.S.-Ausgabe von Anfang September haben einige Einzelpersonen eine mögliche «sozialdemokratische Migrationspolitik» skizziert. Der Inhalt tritt die Menschenrechte mit Füssen, zudem hat er überhaupt nichts mit der offiziellen Parteimeinung zu tun.

Die Tendenzen der letzten Jahre sind besorgniserregend: Die griechische Küstenwache setzt Menschen auf Luftkissen auf dem Meer aus, in Italien werden Freiwillige, die Schutzsuchende aus der Seenot retten, mit Haft bestraft. Und die Schweiz schickt Asylsuchende trotz einer belegten desolaten Versorgungslage nach Kroatien zurück. Das sind nur drei Beispiele unter vielen, die aufzeigen, dass die rechten Parteien Europas Schutzsuchende Menschen mit ihrer Polemik in den vergangenen Jahren konsequent entmenschlicht haben. Sie haben damit den Handlungsspielraum vom Unmöglichen schleichend ins Mögliche verschoben.

So staunte ich als SP-Mitglied nicht schlecht, als ich in der P.S.-Zeitung unlängst den Artikel einiger Einzelpersonen las, die sich zur «Reformplattform. Sozialliberal in der SP Schweiz» zusammengetan haben. Unter dem Titel «Sozialdemokratische Migrationspolitik», der eine offizielle Haltung suggeriert, führt die Autorenschaft Vorschläge ins Feld, die ich eindeutig aus einer anderen politischen Ecke erwartet hätte. Die Schreibenden bedienten sich in ihrem Text exakt jener Argumente, die sonst die Bürgerlichen verwenden und stellt diese als reale Tatsachen dar, auf die es zu reagieren gilt.

Legale Migration kaum mehr möglich

Die Autor:innen schreiben von «irregulärer Migration» ohne zu reflektieren, dass die Europäischen Staaten die meisten regulären, respektive legalen Zugangswege für Schutzsuchende in der Vergangenheit sukzessive abgebaut haben. Sie befürchten, dass eine Masse von Menschen aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten Europa überrennen werde – wobei nur eine Minderheit von ihnen Flüchtlinge gemäss der Genfer Flüchtlingskonvention seien. Die Schutzquote in der Schweiz liegt heute allerdings bei rund 60 Prozent. Offenbar brauchen diese Menschen staatlichen Schutz. Sie haben von ihrem Menschenrecht Gebrauch gemacht, ein Asylgesuch zu stellen.

Weiter schreiben die Autor:innen, dass die SVP maximal von ungelösten Migrationsproblemen profitiere. Das mag sein. Doch ist das Problem tatsächlich damit gelöst, weniger Menschen in die Schweiz einreisen zu lassen? Sollten nicht vielmehr die Bemühungen gestärkt werden, diese Menschen in ihrem Ankommen und Leben in der Schweiz zu unterstützen, insbesondere, wenn es sich um schutzbedürftige Personen handelt? Dann

hätten wir auch keine (oder zumindest weniger) «ungelöste Migrationsprobleme». Wenn wir Migration und Zuwanderung als Chance begreifen

Wenn wir Migration und Zuwanderung als Chance begreifen und junge, arbeitswillige Menschen fördern würden, bekämen wir auch die Probleme der demografischen Alterung in den Griff.

und junge, arbeitswillige Menschen fördern würden, bekämen wir auch die Probleme der demografischen Alterung in den Griff.

Sich der Verantwortung stellen

Im Artikel wird der Wunsch von migrierenden Menschen nach einem besseren Leben isoliert und negativ konnotiert dargestellt. Hier fehlt meiner Meinung nach ein breiterer Blick: Mit unserem Lebensstil im Globalen Norden befeuern wir den Klimawandel und entziehen anderen Menschen deren Existenzgrundlagen. Zudem sind viele afrikanische Staaten aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit bis heute instabil, was wiederum Menschen in die Flucht treibt.

Ein aktuelles Beispiel ist etwa der Sudan: Um eigene Interessen durchsetzen zu können, stattete die britische Kolonialherrschaft zu ihrer Besatzungszeit Stammesführer im Norden des Landes mit Privilegien aus. Das vergrösserte, künstlich geförderte Machtgefälle innerhalb des Landes begünstigte die Bildung von Widerstand und Rebellen Gruppen.

Diese Behandlung durch die Kolonialmacht trägt bis heute entscheidend dazu bei, dass der Sudan ein gespaltenen und von Konflikten geprägter Staat wurde und weiterhin ist. Ehemalige Kolonialstaaten und solche, die vom Kolonialismus profitiert haben, haben deshalb eine besondere Verantwortung. Hier braucht es Lösungen, die jene in die Verantwortung nehmen, die mit ihrer Gier in der Vergangenheit die Migration bis heute befeuern.

Menschenrechtsverletzungen als Massnahme?

Eine starke Grenzkontrolle der EU-Aussen Grenzen schliesslich sei unabdingbar, sagen die Autor:innen, verlieren aber kein Wort über die mittlerweile dank Basisorganisationen bestens dokumentierte Gewalt durch die Grenzbeamten:innen und Frontex. Hier stellt sich die Frage: Wie kann eine «sozialdemokratische» Migrationspolitik sich einer Massnahme bedienen, die gleich mehrere Menschenrechtsverletzungen beinhaltet?

Fakt ist: In einer immer globalisierteren – leider auch krisengeschüttelten – Welt gehört Migration dazu. Es braucht eine Diskussion darüber, wie möglichst konstruktiv damit umgegangen werden kann und wie eine Lösung im Sinne aller Menschen aussieht. Lösungsvorschläge, die das Klima gegenüber Menschen vergiften, die sich ein besseres Leben erhoffen (sei dies, weil sie vor Verfolgung und Gewalt fliehen oder weil sie in ihrer Heimat aus anderen Gründen keine Perspektiven sehen), sind brandgefährlich für unsere Gesellschaft – und können tödlich enden, wie die eingangs genannten Beispiele zeigen.

Die SP Schweiz hat mit den im Artikel skizzierten Ansätzen übrigens nichts am Hut. In ihrem unlängst veröffentlichten Positionspapier zur Migrationspolitik findet die Partei klare Worte: «Mit ihrer immer wieder beschworenen Formel, es kämen zu viele und die falschen Flüchtlinge in die Schweiz, schürt sie [die SVP] Ängste und befördert Hetze gegen Menschen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind.» Die SP hält dem konstruktiv entgegen. Sie hat eine Resolution mit drei Schwerpunkten verabschiedet: Sie will Fluchtursachen bekämpfen, etwa, indem der Klimaschutz vorangetrieben wird und international tätige Konzerne in die Verantwortung genommen werden, um zu verhindern, dass diese mit skrupellosen Geschäften die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung zerstören. Die Partei setzt sich weiterhin ein für eine gemeinsame europäische Asylpolitik, die auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten baut. Schliesslich fordert sie eine Asylpolitik, welche die Schutzbedürftigkeit und eine anständige Behandlung der Menschen ins Zentrum stellt und deren Integration von Anfang an fördert. Die SP steht also für eine Migrationspolitik ein, die das Recht auf Schutz vor Verfolgung und Gewalt mit Überzeugung verteidigt. Eine solche Positionierung verdient wahrlich den Titel «sozialdemokratische» Migrationspolitik.

Selina Leu

Unterschriftensammlung für Wohnungsinitiative

Die von der SP und der GP Adliswil lancierte «Volksinitiative Anteil an preisgünstigen Wohnungen bei Verdichtung» (P.S. berichtete) ist mittlerweile vom Stadtrat als gültig erklärt worden, wie die Initianten gegenüber P.S. bestätigen. Jetzt wollen die beiden Parteien mit der Unterschriftensammlung loslegen. Zum Auftakt werden sie morgen Samstag ab 10 Uhr mit einer Standaktion auf dem Adliswiler Bahnhofplatz präsent sein. Das Volksbegehren verlangt, dass bei baulichen Verdichtungen, etwa durch Auf- und Umzonungen, 30 Prozent des damit zusätzlich realisierbaren Wohnraums preisgünstig vermietet werden müssen. Bauherren würden im Gegenzug beim Mehrwertausgleich, der in Adliswil 30 Prozent beträgt, entlastet. Vor allem als Folge der baulichen Verdichtung sowie von profitablen Altbau-Renovierungen habe der Anteil an teuren Wohnungen in Adliswil in den letzten Jahren stark zugenommen, wohingegen der Anteil an preisgünstigen Mietwohnungen rückläufig sei, begründen die Initianten ihr Begehren. Eine Folge davon sei etwa, dass selbst alteingesessene Einwohner:innen in günstigere Gemeinden wegziehen müssten. Mit der Initiative reagiert Adliswils Linke auf die Ablehnung einer analogen SP-Motion durch die bürgerliche Parlamentsmehrheit im März dieses Jahres. Für das Zustandekommen der Initiative sind 450 gültige Unterschriften innert sechs Monaten erforderlich. Unterstützt wird das Volksbegehren auch vom Mieterverband Zürich. *as*.

Doch keine Asylprovisorien in der Au

Im Wädenswiler Ortsteil Au im Zopfquartier wird es Notwohnungen für bis zu 45 Personen, aber nun doch keine zeitlich auf drei Jahre befristete Asylprovisorien geben. Darauf haben sich jetzt die Stadt Wädenswil und die Interessengemeinschaft

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (Gönner:innen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.-, www.loopzeitung.ch

Au, die gegen beide Projekte erfolglos beim Baurekursgericht rekurriert hatte, geeinigt. Die Anwohner-IG hatte die «Ballung» von Notwohnungen und Asylunterkünften fast direkt nebeneinander kritisiert. Sie verzichtet nun aber auf einen Weiterzug des Rechtsstreits. Im Gegenzug zieht die Stadt ihr Baugesuch für die Asylprovisorien in der Au für maximal 144 Menschen zurück, wie sie in einer Medienmitteilung bekanntgibt. «Akzeptabel» sei diese Lösung für die Stadt, weil sie an einem zweiten Standort, unweit vom Wädenswiler Hallenbad im Rötiboden, ab Oktober mit der Erstellung von Asylmodulbauten für vorerst einmal 35 bis 40 Personen beginnen kann. Die zeitlich ebenfalls befristeten Asylunterkünfte dort sollen Ende Januar 2024 bezugsbereit sein. Für kommendes Jahr ist dann auch der Baustart für die Notwohnungen in der Au geplant. *as*.

Winterthurer Kulturpreis für Ruedi Widmer

Der Zeichner und Grafiker Ruedi Widmer hat den mit 10000 Franken dotierten Kulturpreis der Stadt Winterthur für 2023 erhalten. Der 50jährige Widmer arbeitet seit Mitte der 1990er-Jahre in seiner Heimatstadt. Der Preis ist hochverdient: Mit seinen Cartoons in

Zeitung und in Landbote, Tages-Anzeiger, WOZ, Saldo, im deutschen Titanic oder im MAGAZIN bringt er die harten Realitäten in einer einzigartigen, liebevollen und etwas surrealen Weise auf den Punkt. Sein naiv scheinender Humor trifft zeitlos wunde Punkte in Gesellschaft oder Politik zielgenau und ohne eine Möglichkeit, sich seiner Pointe zu entziehen. Neben seiner Tätigkeit als Cartoonist schafft Widmer aber mit einer unglaublichen Schaffenskadenz auch Illustrationen, Grafikarbeiten oder Plakate. So hat er unlängst für das Infozentrum der Baustelle beim Hochwasserentlastungsstollen von Langnau in den Zürichsee ein eindrucksvolles 7-Meter-Panorama des Sihltales und ein Panoramabild der Baustelle geschaffen. In Winterthur ge-



Eher unbekannt: Während mehreren Jahren gestaltete Ruedi Widmer die 1. Mai-Plakate in Winterthur. (Ausgabe 2007)

staltete er während längerer Zeit die Plakate zum 1. Mai. Sein Werk wurde bereits in verschiedenen Ausstellungen, aktuell gerade in Kassel, gewürdigt. Mit Ruedi Widmer hat die Stadt Winterthur nicht nur einen der bekanntesten Cartoonisten der Schweiz gewürdigt, sondern auch eine Kunstgattung, welche um ihre Zukunft kämpft. *me*.

staltete er während längerer Zeit die Plakate zum 1. Mai. Sein Werk wurde bereits in verschiedenen Ausstellungen, aktuell gerade in Kassel, gewürdigt. Mit Ruedi Widmer hat die Stadt Winterthur nicht nur einen der bekanntesten Cartoonisten der Schweiz gewürdigt, sondern auch eine Kunstgattung, welche um ihre Zukunft kämpft. *me*.

Seespital-Betten für Ukraine

Nach der Schliessung des Akutspitals am Standort Kilchberg von Anfang Jahr spendet jetzt das Seespital Horgen praktisch das gesamte nicht mehr benötigte Inventar an Krankenhäuser in der Ukraine. Alle Betten, aber etwa auch Operationslampen, Grosssterilisatoren, Kühl- und Wärmeschränke, Blutdruckmessgeräte und andere Einrichtungen im Wert von mehreren Hunderttausend Franken werden seit Dienstag dieser Woche per Lastwagen in die Ukraine geliefert, wie die AZ-Medien berichten. Organisiert wird die Spendenaktion von Swiss UAid, einer Hilfsorganisation, die seit dem russischen Angriffskrieg bereits mehrfach medizinische Geräte in die Ukraine geliefert hat und die vom Horgner Arzt und früheren Mitarbeiter des Spitals Horgen, Adrian Müller, präsidiert wird. Der ehemalige Zweitstandort des See-Spitals Horgen in Kilchberg soll ab 2026 einem Neubau der psychiatrischen Klinik Kilchberg weichen. Bis Ende 2025 noch weitergeführt werden dort einzig noch die Langzeitpflege, ambulante Angebote und die Reha Zurzach care. *as*.

Neue Kontakt- und Anlaufstelle

Die Stadt Zürich eröffnet bis Mitte November eine provisorische Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) für Drogenkonsumierende auf dem Kasernenareal. Das teilt der Stadtrat am Donnerstag mit. Damit wird ein Ersatz für die ehemalige K&A geschaffen, die Mitte Oktober 2022 geschlossen wurde. Das Provisorium soll dazu beitragen, den Drogenkonsum im öffentlichen Raum zu reduzieren. Besonders die Bäckeranlage und das umliegende Quartier im Kreis 4 hat sich infolge der Schliessung der alten Anlaufstelle zu einem zentralen Ort für den Drogenkonsum entwickelt. In der Folge hatte die SVP eine rigorose Räumung der Bäckeranlage gefordert, um einen «zweiten Platzspitz» zu verhindern. Das dringliche Postulat wurde am Mittwochabend im Stadtparlament abgelehnt. Repression führe bloss zu einer Verlagerung der Szene, argumentierte Hannah Locher (SP). «Die Menschen verschwinden ja nicht einfach.» Die Kosten für das provisorische K&A-Angebot auf dem Kasernenareal belaufen sich auf rund eine Million Franken. Die Container-Lösung in der südlichen Ecke des Areals bietet Süchtigen Räume für den Aufenthalt, den Konsum und sanitärische Bedürfnisse und soll maximal zwei Jahre an diesem Standort betrieben werden. Anschliessend ist im Kasernenareal ein weiteres Provisorium geplant, bis 2030 will der Stadtrat einen definitiven Standort für die Anlaufstelle finden. *tim*.



Freitag, 29. September

Elisabeth Morris

Nueva canción chilena

Donnerstag, 12. Oktober

Gudrun Walther & Jürgen Treyz

mit ihrem neuen Projekt «plus one»

feat. Kirstine Elise Pedersen

Mittwoch, 1. November

NoCrows

Die Gügge-Halsbänder aus Sligo (Irland)

Donnerstag, 9. November

SSASSA

Oriental Gypsy Cocktail

Samstag, 2. Dezember

Altfrentsche Besetzung

mit Andrea Kirchhofer

Von Monk bis Moser

Donnerstag, 14. Dezember

SanySaidap

*Eine musikalische Reise von Irland
nach Amerika und zurück*

Alle Konzerte 20 Uhr

GZ Riesbach, Seefeldstrasse 93

www.gz-zh.ch/gz-riesbach

www.folkclub.ch

Mit freundlicher Unterstützung der Stadt Zürich (Popkredit), des Kantons Zürich
(Fachstelle Kultur) und des Migros Kulturprozents.

**Links,
aber
nicht
einseitig**
PSZEITUNG.CH/ABO

Skandalisierung: Ein Lehrstück

Eltern wissen: Erziehung ist kein Zuckerschlecken. Und man ist immer wieder mit Unsicherheiten konfrontiert. Zur Erziehung gibt es eine Reihe von Ratgebern und Philosophien, die sich aber auch oft im Kern widersprechen. Und ausserdem hat noch Krethi und Plethi eine Meinung dazu, gerne auch ungefragt. Vermutlich ist damit auch der Erfolg von Remo Largo zu erklären, der in seinen Büchern eigentlich vor allem zwei Hauptbotschaften hat: Jedes Kind ist anders und fast alles ist normal. Was einen erst einmal kolossal beruhigt. Und für alles andere gibt es Beratungsstellen. Zum Beispiel die Mütter- und Väterberatungsstelle der Stadt Zürich. Diese berät Eltern von Kindern bis zu fünf Jahren bei konkreten Problemen oder Fragen und widmet sich in einem regelmässigen Newsletter auch immer wieder diesen Themen. So weit, so unbestritten.

Bis die Mütter- und Väterberatungsstelle sich in ihrem jüngsten Newsletter dem Thema «gendersensible Erziehung» widmete. Sie ahnen vielleicht, liebe Leserin und lieber Leser, was da kommt. Und tatsächlich: Aufregung, Diskussion und Empörung. Ein bisschen von der NZZ und etwas mehr von SVP-Kantonsrätin und Anti-Gendersternaktivistin Susanne Brunner. Im Kern der Empörung: «S' Mami» soll durch das Wort Elternteil ersetzt werden. Die NZZ schreibt: «So wird den Eltern (im Newsletter) unter anderem empfohlen, wenn sie mit ihren Kindern über andere Familien reden, neutrale Bezeichnungen wie Elternteil oder Betreuungsperson zu verwenden. Das Mami der Schulfreundin Mia wäre im Gespräch mit der Tochter dann also der «Elternteil von Mia» oder die «Betreuungsperson von Mia». Susanne Brunner findet dies «völlig alarmierend und lebensfremd». Es sei sowieso fraglich, ob es

Nun kann man gendersensible Erziehung unnötig finden oder die dort aufgebrachten Praxistipps nicht praktikabel. (...) Nur ist die ganze Geschichte keine Anweisung, sondern allerhöchstens ein Angebot.

Aufgabe der Stadt sei, Eltern in Erziehungsfragen zu beraten. In schwierigen Fällen könne dies berechtigt sein, aber allgemeine Erziehungstipps seien nicht angebracht. Und der jüngste Newsletter

sei eine Anleitung für eine Erziehung zur Auflösung der Geschlechter.

Christina Neuhaus, NZZ-Inlandchefin und von der Schreibenden im Allgemeinen hochgeschätzte Journalistin, spitzte auf X (vormalig Twitter) zur Ankündigung des Artikels noch etwas zu: «Die Mutter eines Kindergartenfreundes ihrer Tochter holt heute ab. Sagen Sie nun «S' Mami vom Tim holt eu hüt ab?» Bitte nicht! Der Begriff «Mami» soll durch «Elternteil» ersetzt werden, findet die Betreuendenberatung der Stadt Zürich.» Nun denkt sich natürlich wohl fast jeder – ob Mami, Papa oder Elternteil – dass dies wohl schon ein bisschen übertrieben sei. Die Stadt Zürich im Woke-Wahnsinn, einmal mehr. Nun bin ich tatsächlich Abonnentin des besagten Newsletters, den ich manchmal mit Interesse – und eher häufiger gar nicht – lese. Aus Neugier habe ich also in meinen Mails den Newsletter gesucht und gefunden. «Immer öfter hört oder liest man von Eltern, die ihre Kinder geschlechtersensibel erziehen. Doch was bedeutet das genau? In diesem Newsletter gehen wir dem Ansatz der geschlechts-offenen Erziehung auf den Grund.» So beginnt der Newsletter. Darin hat es vier Beiträge. Der erste behandelt den Wandel der Rollen innerhalb einer Familie aus historischer Sicht. Die Quelle dazu ist ein Artikel aus «NZZ Geschichte». Im zweiten Beitrag geht es um die UNO-Kinderrechtskonvention. Bis anhin also kaum etwas, was Anlass zu Anstoss geben könnte. Im dritten Beitrag geht es dann also um den Casus Belli, die «gendersensible Erziehung». Wie also gendersensible Erziehung gelingen könnte. Dazu wird auf die Publikation «Was wird es denn? Ein Kind! Wie geschlechts-offene Erziehung gelingt» von Ravna Marin Sievers verwiesen. Darin sind auch Tipps für den Alltag erhalten. Zum Beispiel, dass man in einer Familie auch einmal bewusst zugeschriebene Rollen und Zuständigkeiten tauschen könne. Oder dass man Interesse an den Gefühlen und Bedürfnissen des Kindes zeigen solle. Der Stein des Anstosses sind wohl die zwei Tipps: «Wenn Sie von anderen Familien reden, können Sie neutrale Bezeichnungen wie z.B. Kind, Elternteil oder Betreuungsperson verwenden.» Und: «Bewegen Sie sich als Familie in unterschiedlichen sozialen Umgebungen (z.B. Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien, alleinerziehende Familien usw.). Sprechen Sie darüber.» Zuletzt gibt es noch ein Interview mit einer Dozentin der Pädagogischen Hochschule zum Thema.

Nun kann man gendersensible Erziehung unnötig finden oder die dort aufgebrachten Praxistipps nicht praktikabel. Kaum jemand wird wohl vom Elternteil von Mia sprechen, wenn man weiss, dass es Mias Vater ist, der das Kind abholt.

Und die unterschiedlichen sozialen Umgebungen ergeben sich ja letztlich auch aus der Realität. Nur ist die ganze Geschichte keine Anweisung, sondern allerhöchstens ein Angebot. Wer sich für das Thema «gendersensible Erziehung» interessiert, kann diese Artikel lesen und sich dazu Gedanken machen. Wer nicht, der lässt es. Wäre ja eigentlich ganz einfach.

Aber so einfach ist es leider nicht, wenn es um das Reizthema «Gender» geht. Und das angeblich verschwindende Mami ist hier nicht der einzige Fall. Ein anderes Beispiel: Der Gender-Tag in Stäfa, der seit Jahren ohne Probleme durchgeführt werden konnte und dieses Jahr ausfallen musste aufgrund von Sicherheitsbedenken. SVP-

Das Ziel ist dabei nicht in erster Linie zu überzeugen, sondern vor allem den Leuten die Lust am Thema und der Diskussion zu nehmen. Was auch funktioniert.

Politiker:innen hatten diesen Tag in den sozialen Medien angegriffen. Das Problem: Es geht bei diesen Diskussionen selten bis nie darum, echte Bedenken und Fragezeichen, die es vielleicht geben kann und geben darf, ernsthaft zu diskutieren, die jeweiligen Standpunkte zu verstehen oder wenigstens anzuhören. Sondern letztlich darum, alle Gleichstellungsanliegen ins Lächerliche oder Absurde zu ziehen. «Flood the zone with shit» (Flute die Zone mit Sch...) wie es Donald Trumps früherer Chefberater Steve Bannon als Devise formuliert hat. Das Ziel ist dabei nicht in erster Linie zu überzeugen, sondern vor allem den Leuten die Lust am Thema und der Diskussion zu nehmen. Was auch funktioniert.

Dabei wäre – wie bei der Kindererziehung – wohl etwas mehr Pragmatik und Unaufgeregtheit angebracht. Familien und Erziehungsstile unterscheiden sich, sind nie perfekt und dennoch in der Regel gut gemeint. Und auch wenn es sonst heisst, dass gut gemeint das Gegenteil von gut sei, denke ich hier, dass gut gemeint gut genug ist.



Min Li Marti

Sensirion springt wohl doch nicht ab

Der drohende Wegzug von Sensirion, eine der grössten Arbeitgeberinnen am Zürichsee, scheint abgewendet. In Stäfa kommt der stark wachsende Konzern nun aller Voraussicht nach zu einer zweiten Produktionsstätte. Und im Ortsteil Uerikon dank eines von der Gemeindeversammlung unter Vorbehalten genehmigten Landverkaufs zu einem Bürogebäude.

Arthur Schäppi

Die Ansage sorgte in der Zürichseegemeinde Stäfa und der weiteren Region für Verunsicherung und Irritation – und Anfang Woche nun auch für einen Grossaufmarsch von 680 Teilnehmer:innen an der Gemeindeversammlung: Sensirion, Weltmarktführerin in der Sensorentechnik und mit 800 Arbeitsplätzen hinter Hörgerätehersteller Sonova zweitgrösste Arbeitgeberin in Stäfa, hatte den weiteren Verbleib in der Goldküstengemeinde öffentlich von dringend benötigten Expansionsmöglichkeiten abhängig gemacht. Und dabei auf die akut gewordene Raumnot am angestammten Standort im Industriegebiet Laubrütli hingewiesen. Zahlreiche Bemühungen inner- und ausserhalb des Gebiets Laubrütli um privates Bauland hatten sich zuvor allesamt zerschlagen. Bis der Gemeinderat schliesslich aktiv wurde und Hand zu einer Teillösung bot. Indem er der Gemeindeversammlung – in Absprache mit Sensirion – am Montag nun den Verkauf von 5000 Quadratmetern Gemeindeland hinter der Schulanlage Moritzberg im Ortsteil Uerikon beantragte. Damit dürfte nun gleich ein doppelter Durchbruch möglich werden. Zum einen, weil die Gemeindeversammlung den Landhandel für fünf Millionen Franken für ein dreigeschossiges Bürogebäude von Sensirion mit wuchtigem Mehr gut hiess. Dies unter dem Vorbehalt, dass eine nachfolgende Gemeindeversammlung auch die dafür nötige Umzonung der dortigen Zone für öffentliche Bauten bewilligt und später auch nicht aufgestockt wird. Und zum andern, weil Moritz Lechner, Co-Verwaltungsratspräsident von Sensirion,

verkünden konnte, dass man bezüglich einer zweiten Produktionsstätte in der Laubrütli nun doch «unmittelbar vor einer Einigung» stehe.

Zank um Wiese und Bürohaus

Dem Landverkauf vorausgegangen war eine hitzige Debatte. Der Gemeinderat und weitere Befürworter:innen betonten, dass die Firma mit Weltruf nicht bloss Steuersubstrat bringe, sondern auch für zukunftssträchtige Arbeits- und Ausbildungsplätze stehe.

Mit dem Landerlös könnte die Gemeinde zudem dringend benötigte Alters- und Familienwohnungen erstellen, argumentierte etwa die GLP. Die Schulpflege bekräftigte ihrerseits, dass sie dank einem Schulhausneubau im Moritzberg und weiteren Baureserven auf Jahrzehnte hinaus keinen Bedarf für das Grundstück habe – eine Aussage, die indes von den Gegnern vehement bezweifelt wurde. Sie machten geltend, dass das Bürogebäude ohnehin andernorts, etwa in Hombrechtikon, gebaut werden könne und man dafür nicht «die letzte grosse Wiese» im Wohnquartier Moritzberg und damit auch Zukunftsperspektiven für das Ueriker Zentrum und künftige Generationen verbauen müsse. Für ein Ja plädierte SP-Co-Präsident



Für die Expansion von Sensirion zu eng geworden: die Produktionsstätte am Hauptsitz in Stäfa. (Bild: Arthur Schäppi)

Rafael Mörgeli, dessen Partei Stimmfreigabe beschlossen hatte. Die SP und er hätten eine Abgabe im Baurecht bevorzugt, weil es für das Allgemeinwohl grundsätzlich nicht weniger, sondern mehr Gemeindeland brauche. Einen Antrag eines anderen Votanten für die Abgabe im Baurecht hatte der Gemeinderat zuvor als unzulässig erklärt. Durch die Zusicherung von Sensirion, lediglich einen dreistöckigen Bürobau mit der vorgeschriebenen Mindestzahl von 110 Parkplätzen zu erstellen, aber liessen sich zumindest Teile der erbittertesten Gegner einer Anwohner-IG beschwichtigen. Sie hatten einen lärmigen Industriebau befürchtet, schwenkten in der Folge auf Stimmfreigabe um und lösten ihre IG auf.

Cartoon by Roman Prelicz

© Roman Prelicz, kunstundkommerz@mac.com



Ein Jahr feministische Revolution im Iran: Jin, Jiyān, Azadi!

Vor etwa einem Jahr ereignete sich ein tragischer Vorfall, der das Leben und den Kampf für Frauenrechte im Iran in den Fokus rückte. Jina Amini, eine junge kurdische Frau, wurde von der Sittenpolizei verhaftet und getötet. Dieses schreckliche Ereignis war der Auslöser für landesweite Proteste, deren Ausmass seit der sogenannten islamischen Revolution von 1979 beispiellos war. In den Jahrzehnten nach dieser Revolution wurden die Rechte der Frauen im Iran kontinuierlich eingeschränkt, wobei der erzwungene Schleier zu einem zentralen Element und Symbol der Macht des Regimes wurde.

Der gewaltsame Tod von Jina Amini schickte Schockwellen durch die Nation. Überall im Iran strömten Tausende Menschen auf die Strassen, und der Slogan «Jin, Jiyān, Azadi» (Frau, Leben, Freiheit) wurde zum Leitmotiv dieser Bewegung. In Windeseile formte sich eine starke feministische Bewegung, die energisch für die Grundrechte und die Gleichstellung von Frauen eintrat.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die internationale Gemeinschaft ihre Solidarität mit der feministischen Bewegung im Iran zeigt.

Die Antwort des Regimes auf diese Bewegung war geprägt von brutaler Repression. Friedliche Demonstrant:innen wurden angegriffen, Massenverhaftungen, Folter und sogar Todesstrafen wurden verhängt.



Wanda Siegfried, Juso Stadt Zürich

Die Gründe für diese Verfolgung sind die Kritik an der Regierung und den unerschütterlichen Willen der Frauen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Trotz der anhaltenden Repression loderten die Proteste im vergangenen Jahr immer wieder auf. Die unbeirrbar entschlossene Haltung der Frauen im Iran, für ihre Rechte zu kämpfen, ist bewundernswert. Dennoch sind sie mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert, darunter auch wirtschaftliche Schwierigkeiten im Land, die die Bewegung weiterhin belasten.

Nicht nur im Iran, sondern auch in der iranischen Gemeinschaft in der Schweiz fand die feministische Bewegung Unterstützung. Die Gruppe «Free Iran Switzerland» hat sich zum Ziel gesetzt, die Bewegung zu stärken. Sie organisiert Demonstrationen, sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Situation im Iran und setzt sich für Sanktionen gegen das Regime und dessen Unterstützer:innen ein.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die internationale Gemeinschaft ihre Solidarität mit der feministischen Bewegung im Iran zeigt. Wir können dies durch öffentliche Unterstützungsbekundungen, Informationsverbreitung und politische Massnahmen erreichen, um die Stimme dieser mutigen Frauen zu stärken.

Die Geschehnisse im Iran erinnern uns daran, wie wichtig es ist, weltweit für Menschenrechte und Geschlechtergleichstellung einzutreten. Die feministische Revolution im Iran hat bereits viel erreicht, aber der Weg zu Gleichberechtigung und Freiheit ist noch lang. Lasst uns gemeinsam die Botschaft von «Jin, Jiyān, Azadi» weitertragen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die Frauen im Iran am Leben erhalten.

Imagine Zürcher Landsgemeinde

Wir Schweizer:innen lieben unsere Demokratie, wir sind stolz darauf und wahren sie. Die Mitsprache ist uns fast schon heilig. Doch was wahren wir und auf was sind wir überhaupt stolz?

Knapp neun Millionen Menschen leben in der Schweiz, sie alle sind von politischen Entscheidungen betroffen. Manche mal mehr, mal weniger. Und trotzdem sind bloss 62 Prozent davon stimmberechtigt. Junge, welche von den Entscheidungen noch am längsten betroffen sind, haben noch nichts zu melden und Menschen ohne Schweizer Pass schon gar nicht: Ein Viertel in der Schweiz hat keinen Schweizer Pass und somit kein Mitspracherecht wenn es um Steuern, Infrastrukturbau, Sozialversicherungen etc. geht... Ist es also wirklich eine Demokratie, auf die wir stolz sein können, wenn ein solch grosser Teil nicht mitreden darf? Und der Grund dafür etwas ist, wofür man gar nichts kann?

Mir ein grosser Dorn im Auge sind aber Gemeindeversammlungen. Das Konzept finde ich super, so direkt wie möglich, alle (Stimmberechtigten) können teilnehmen und über das Geschehen im Dorf mitbestimmen. Doch schon länger sind Gemeindeversammlungen eben nicht mehr so niederschwellig, wie sie es sein sollten. Aus strukturellen Gründen ist das Publikum an einem solchen Abend recht homogen: So ist es für Jüngere nicht prickelnd, einen langen Abend mit trockenen Themen vollgetextet zu werden, nachdem sie schon den ganzen Tag in der Schule oder Uni waren. Oder für die jungen Eltern lohnt es sich nicht, eine:n Babysitter:in zu organisieren. Wenn man dann aber doch an eine Gemeindeversammlung geht, kommen schon die nächsten Hürden: Wer kommt wann zu Wort? Wird mir dann überhaupt zugehört? Und wie kann ich mich wehren, wenn mich der Gemeindepräsident «über-

sieht» und nicht zu Wort kommen lässt? (Ich wünschte, das Letzte wäre erfunden...) Vollständig partizipieren kann man aber mit den Antworten auf diese Fragen immer noch nicht. Partizipation würde bedeuten, eigene Ideen einbringen. Das lohnt sich aber auch nur, wenn man Mehrheiten dafür schaffen kann, wofür

So vieles spricht für mehr Parlamente, trotzdem werden sie in einer Gemeinde nach der anderen an der Urne versenkt.

einem als Einzelperson wohl das Netzwerk fehlt.

In Parlamentsgemeinden können solche Probleme abgefedert werden. Als gewähltes Parlamentsmitglied würde kaum jemand das schöne Sommerwetter als Grund zum Auslassen der Sitzung sehen, mit Sitzungsgeldern könnte der:die Babysitter:in gleich bezahlt werden und dank den Fraktionskolleg:innen findet man in den Parlamentsalltag. So vieles spricht für mehr Parlamente, trotzdem werden sie in einer Gemeinde nach der anderen an der Urne versenkt.

Eine Zürcher Landsgemeinde – das kann ich mir nicht vorstellen. Schlussendlich wäre das jedoch eine konsequente Forderung, wenn man sich für Gemeindeversammlungen ausspricht. Trotzdem ist mir das noch nie als ernsthafter Vorschlag vorgekommen. Es wirkt fast so, als ob ab einer gewissen Bevölkerungsgrösse eine solche Organisation nicht die geeignete Form für eine starke, gelebte Demokratie wäre...



Nadja Wirth, Nationalratskandidatin, Vorstand Junge Grüne Schweiz

«Wenn wir heute mit Repression reagieren, zeigt das, dass wir nichts gelernt haben»

Die Bäckeranlage in Zürich steht seit einem Monat im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. Die Rede ist von Zuständen, die der offenen Drogenszene der 1990er-Jahre gleichen sollen. Doch ist die Situation wirklich derart angespannt? Und was muss passieren, damit das System nicht gänzlich zusammenbricht? Thilo Beck, Chefspsychiater der Arud, einer der führenden suchtmmedizinischen Institutionen, ordnet ein.

Auf der Bäckeranlage in Zürich braut sich eine neue, offene Drogenszene zusammen. Thilo Beck, Chefspsychiater einer der führenden suchtmmedizinischen Institutionen in der Schweiz, über den schwierigen Umgang mit Crack-Patient:innen, darüber, warum viele Angebote den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht werden und wie jene Menschen erreicht werden, die sonst durch alle Raster gefallen sind.

Noëmi Laux: Einen Monat ist es her seit unserem letzten Interview für Tsüri.ch. Damals bat ich um eine Einschätzung der aktuellen Situation auf der Bäckeranlage in Zürich. Das Thema wurde daraufhin von nahezu allen Medien aufgegriffen. Wie haben Sie die Berichterstattung wahrgenommen?

Thilo Beck: Das, was gerade auf der Bäckeranlage passiert, löst Unsicherheiten und Ängste bei den Anwohner:innen und im ganzen Quartier aus. Diese Ängste sind nachvollziehbar und müssen ernst genommen werden. Die Medien tragen einen grossen und wichtigen Teil dazu bei, wie die öffentliche Diskussion geführt wird. Dass diese Auseinandersetzungen zum Teil auch sehr polarisiert stattfinden, dient nicht immer der Sache, doch so funktioniert Politik.

Inwiefern hängen diese Ängste mit Zürichs Drogenvergangenheit zusammen? Haben wir ein Trauma vom offenen Konsum auf dem Platzspitz in den 1990ern?

Das denke ich nicht. Vielmehr glaube ich, dass das Problembewusstsein bei vielen verloren gegangen ist. Zunächst muss gesagt werden, dass die grosse Mehrheit der Konsument:innen aller Substanzen den Konsum soweit im Griff hat. Andererseits gab und gibt es Menschen, die Suchtprobleme entwickeln. Weil wir damals Strukturen schaffen konnten, die diese Menschen aufgefangen haben, konnte der Konsum grösstenteils von der Öffentlichkeit abgeschirmt werden.

Jetzt, wo dieses System aus dem Gleichgewicht gerät und der Konsum wieder sichtbar wird, sind

viele überrascht. Ich sehe darin aber auch Chancen.

Chancen?

Ja, weil es uns zwingt, grundsätzlich zu überdenken, wie wir mit Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen umgehen wollen und welche Angebote wie angepasst und ausgebaut werden müssen. Ausserdem führt uns die derzeitige Situation deutlich vor Augen, wie wichtig es ist, stabile Hilfs- und Unterstützungsstrukturen zu schaffen. Das geht schnell vergessen, vor allem, wenn das System so gut funktioniert wie in den letzten Jahren. Entscheidend ist aber, wie es jetzt weitergeht. Wir müssen verhindern, dass sich die Szene verselbstständigt und wir die Kontrolle verlieren. Wenn wir heute allein mit Repression reagieren, zeigt das, dass wir nichts gelernt haben aus der Vergangenheit.

Wie explosiv eine solche Dynamik sein kann, hat man in Genf gesehen. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der Konsumierenden verdoppelt. 2022 verzeichnete der Drogenkonsumraum «Quai 9» gleich beim Genfer Bahnhof über 17000 Besuche von Personen, die Crack rauchen wollten.

Die Situation in Genf ist aus dem Ruder gelaufen, als sich sogenannte Crack-Steine, also kleine, fixfertige Crack-Portionen, auf dem Schwarzmarkt etabliert haben. Das Problem mit den Crack-Steinen ist, dass sie mit einem Preis von zehn bis 15 Franken erschwinglich sind, die Wirkung jedoch nach etwa einer halben Stunde schon wieder nachlässt und die Abhängigen Nachschub brauchen.

So kommen die Konsumierenden in eine Spirale zwischen ständigem Konsum und Beschaffen. In Zürich beobachten wir eine solche Situation bis jetzt noch nicht, zum Glück. Einen derartigen Schwarzmarkt hat man nicht mehr unter Kontrolle, dann wird die Szene zum Selbstläufer.

Die SVP fordert in einem Postulat, dass der Stadtrat sofort handeln müsse, etwa, indem die Bä-

ckeranlage über Nacht abgesperrt werde. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Repression allein löst das Problem nicht, es verschärft es sogar. Wohin das führen kann, haben wir Ende der 1990er-Jahre erlebt. Die Heroinszene wurde vor und nach der Platzspitz-Schliessung durch die ganze Stadt getrieben. Erreicht wurde dadurch gar nichts, ausser, dass die Menschen immer mehr verelendet sind. Wenn wir heute al-

«Nur weil man Plätze sperrt, verschwinden die Abhängigen nicht, sie verschieben sich nur.»

Thilo Beck

lein mit Repression reagieren, zeigt das, dass wir nichts gelernt haben aus der Vergangenheit. Nur weil man Plätze sperrt oder Menschen vertreibt, verschwinden die Abhängigen nicht, sie verschieben sich nur.

Die damalige Drogenszene war geprägt vom Heroinkonsum, heute wird zunehmend Crack geraucht. Wie unterscheidet sich die Wirkung?

Crack ist die intensivste Art, Kokain zu konsumieren. Nach dem Crackkonsum stehen die Menschen unter Strom, werden aggressiv und der Suchtdruck ist enorm, sobald die Wirkung nach kurzer Zeit nachlässt. Das kennen wir vom Heroin nicht. Da hält die Wirkung viel länger, etwa vier, fünf Stunden. Anders als beim Crack ziehen sich Heroinkonsumierende eher zurück, werden ruhig und lethargisch. Viele Angebote, auch viele der bestehenden Kontakt- und Anlaufstellen (K&A), sind nicht vorbereitet auf Crack-Klient:innen.

Was meinen Sie damit?

Die meisten Konsumräume sind zu klein. Crack-User brauchen mehr Platz, weil sie angespannt und

angetrieben sind. Es kommt häufiger zu Auseinandersetzungen, insbesondere wenn die Konsumierenden zu dicht aufeinander sind. Ausserdem müsste das Angebot auf der offenen Szene und in den K&A so ausgebaut werden, dass diese schwerstbetroffenen Klient:innen vor Ort auch medizinisch und psychiatrisch behandelt werden können.

Dass diesen Menschen geholfen werden kann, setzt voraus, dass sie überhaupt eine K&A aufsuchen. Viele Konsumierende auf der Bäckeranlage hätten auch die Möglichkeit, in eine der anderen drei K&A in der Stadt zu gehen.

Jene Menschen zu erreichen, die es nicht aus eigenem Willen oder eigener Kraft schaffen, Hilfe aufzusuchen, ist momentan eine unserer grössten Herausforderungen. Viele der schwerstabhängigen Personen schaffen es nicht, ins Spital zu gehen oder sich Unterstützung zu holen, wenn sie ein Problem haben. Zudem kommen einige von auswärts und dürfen die städtischen K&A nicht nutzen. Diese Menschen fallen durch alle Raster und konsumieren deshalb öffentlich, etwa auf der Bäckeranlage.

Wie könnten wir diese Menschen besser erreichen?

Indem wir das Angebot direkt zu ihnen bringen. Direkthilfe vor Ort, mit den Menschen sprechen und eine Vertrauensbasis schaffen. Also im Prinzip genau das, was die SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) heute schon macht. Diese Form der Unterstützung muss noch weiter ausgebaut werden.

Die Zürcher Drogenszene besteht aber nicht nur aus Schwerstabhängigen. Nur ein paar Hundert Meter weiter in der Langstrasse wird jedes Wochenende konsumiert. Das scheint aber weder die Behörden noch Anwohner:innen zu stören. Warum werden Konsumierende in der Bäckeranlage anders wahrgenommen als die «Partydrögel»?

Da haben wir schon einen Unterschied in der Manifestation des Konsums. In der Langstrasse konsumiert die Mehrheit in der Freizeit. Das sind Menschen, die trotz gelegentlichem Konsum einem geregelten Leben nachgehen. In der Bäckeranlage laufen wir gerade Gefahr, dass sich eine Gruppe bildet, die diesen Bezug verliert oder schon verloren hat.

Seit diesem Herbst können Menschen in einem Pilotprojekt legal Cannabis konsumieren und auch die FDP setzt sich seit längerer Zeit für die Regulierung von härteren Drogen wie Kokain und Heroin ein. Gleichzeitig fehlt es den Schwerstabhängigen an Angeboten, man begegnet ihnen mit Repression. Setzt die Stadt einseitige Prioritäten?

Welche Massnahmen die Stadt nun ergreifen wird, um der aktuellen Situation zu begegnen, wird sich erst noch zeigen. Es ist ja noch ein relativ neues Phänomen auf der Bäckeranlage und die Stadt ist mit Hochdruck dabei, Lösungen zu finden. Wie umgehen mit Freizeitkonsumieren-



Thilo Beck zur Drogenpolitik: «Wir müssen verhindern, dass wir die Kontrolle verlieren.» (Bild: Noëmi Laux)

den und wie mit schwerstabhängigen Personen sind zwei unterschiedliche Diskussionen, die man nur bedingt miteinander vergleichen kann. Für die Mehrheit der Konsumierenden ist eine Regulierung sinnvoll und wichtig.

Nicht für alle? Sie sprechen sich seit jeher für eine allgemeine Legalisierung aus.

Die Regulierung ist sicher keine Lösung für die Menschen, die eine Suchtproblematik entwickeln. Es wird immer Menschen geben, deren Konsum ausser Kontrolle gerät, egal mit welcher Substanz. Es ist die Aufgabe unserer Solidargesellschaft, diese Menschen aufzufangen und ihnen die Unterstützung zu bieten, die sie brauchen.

Wie findet man das richtige Mittelmass zwischen Eigenverantwortung und Schutz vor sich selbst?

Wenn man von Regulierung spricht, geht es um Finetuning, was Werbeverbote, Preisgestaltung und Verfügbarkeit angeht. Und das muss bei jeder Substanz individuell angepasst sein. Wenn man zu wenig reguliert und der Konsum zu stark gepusht wird von industriellen Interessen, führt das dazu, dass mehr konsumiert wird und mehr Menschen ein Suchtproblem entwickeln. Verboten man den Konsum gänzlich, verschliesst man die Augen vor der Realität und überlässt dem Schwarzmarkt und den Dealern die Initiative. Auch wenn es verboten ist, wird konsumiert. Das Ziel sollte sein, dass der Konsum grundsätzlich mit vernünftigen Regulierungsmassnahmen legalisiert wird und gleichzeitig den Menschen geholfen wird, die eine Sucht entwickeln.

Wo sehen Sie die grössten Herausforderungen für die Drogenpolitik der nächsten zehn bis zwanzig Jahre in der Schweiz und in Zürich?

Mein Wunsch wäre, dass wir es als Gesellschaft schaffen, den Konsum von legalen und illegalen

psychotropen Substanzen, egal welcher Art, sinnvoll zu integrieren und anzunehmen. Das Phänomen, dass Menschen Substanzen konsumieren wollen, lässt sich durch Verbote nicht verhindern. Wir müssen Wege finden, diesen Konsum so sicher wie möglich zu gestalten. Gleichzeitig braucht es Angebote, damit all jene, die durch den Raster fallen, aufgefangen werden und die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Das funktioniert aber erst, wenn wir aus den jetzigen Denkmustern ausbrechen und den Konsum als das nehmen, was er ist: Teil unserer Kultur. Der aussichtslose Kampf gegen Drogen blockiert uns und hilft weder den Konsumierenden noch der restlichen Gesellschaft, von den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen ganz zu schweigen.

Reklame

Wir ergreifen Partei
FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT UND EINEN STARKEN SERVICE PUBLIC.

MICHÈLE DÜNKI-BÄTTIG **JEAN-DANIEL STRUB**

DANIEL JOSITSCH in den Ständerat



Rund 2000 Personen nahmen am Freitagabend an der Klimademo in Zürich teil. (Bild: Tim Haag)

Demonstrieren fürs Klima, sände auf dem Parkplatz, rennen gegen Diskriminierung

Ein Wochenende im Zeichen des Aktivismus:
Impressionen von Parking Day, Klimademo, Freiraum Hohlstrasse und Lauf gegen Rassismus



Kritische Fragen an die ältere Generation an der Klimademo... (Bild: Lia Hull)



...und kritische Fragen von der älteren Generation an Stadträtin Brander am Parking Day. (Bild: Tim Haag)



Weniger Parkplätze - mehr Liegeflächen? (Bild: Tim Haag)



«Niemert wett Autos da» – zumindest die jüngeren Anwohner:innen wollen auf den Parkplätzen an der Hohlstrasse lieber Sandburgen bauen. (Bild: Tim Haag)

«Es ist höchste Zeit für gute Botschaften von der Bäckeranlage», verkündete Hannes Lindenmeyer zur Eröffnung seiner Rede in der Hohlstrasse. «Hier ist keine Drogenhöhle, sondern hier spielen die Kinder auf der Strasse und ein paar Alte erzählen sich bei Wurst und Bier ein paar alte Geschichten – wenig-

tens für dieses Wochenende.» Die 24 Parkplätze, die den vermeintlich autofreien Abschnitt der Hohlstrasse entlang der Bäckeranlage säumen, wurden nämlich im Rahmen des internationalen Parking Day und des Quartierfests «Freiraum Hohlstrasse» zu Sitzgelegenheiten und Sandkästen umfunktio-

nirt. Hier versammelten sich die Bewohner:innen des Quartiers, um Stadträtin Simone Branders Rede zur Zukunft der städtischen Verkehrspolitik zu hören und sie darauf energisch aufzufordern, die seit Jahren im Richtplan eingetragene autofreie Strecke von Feld- bis Kernstrasse endlich fertigzustellen. Und nicht zuletzt war die Hohlstrasse Quartier-treffpunkt, um gemeinsam zum Klimastreik oder zum Lauf gegen Rassismus zu gehen. Ersterer fand am Freitag als Reaktion auf den Katastrophensommer statt – und als Prolog für die nationale Kundgebung am 30. September in Bern. Am Lauf gegen Rassismus spulden 441 Läufer:innen am Sonntagmorgen insgesamt 3460 Kilometer ab und sammelten damit mehr als 120000 Franken für NGOs, die Migrant:innen Rechtsberatung anbieten und deren soziale Integration fördern. *tim.*



Auch der Stadtrat schwitzt am Sonntag gegen Rassismus: Karin Rykart (Grüne), Raphael Golta (SP), Corine Mauch (SP), Simone Brander (SP) und Daniel Leupi (Grüne). (Bild: Sergio Scagliola)

Reklame



Eine Kleinpartei bringt sich in Stellung

Sowohl für die Kandidierenden der AL als auch für Beobachter:innen ist klar, dass ein Einzug der Zürcher Kleinpartei ins nationale Parlament eine kleine Sensation wäre. Aber vielleicht ist das Jahr 2023 genau das richtige Jahr für einen unerwarteten Erfolg.

Sergio Scagliola

Trotz des kleinen Wahlkampfbudgets, trotz der Niederlage bei den kantonalen Wahlen im Frühjahr, wo man einen Sitz im Kantonsrat verloren hatte, und einem ähnlichen Resultat bei den Gemeinderatswahlen 2022, wo sogar zwei Sitze verloren gingen – die AL zeigt sich, wie so oft, optimistisch und selbstbewusst. Dieser Optimismus hat mit einem pragmatischen, klar formulierten Programm zu tun. So stellt Anne-Claude Hensch, eine der drei Topkandidat:innen für das Rennen im Herbst, an der Medienkonferenz zur Kandidatur bei den nationalen Wahlen fest: «Die AL gehört auf die nationale Politbühne – weil sie Lösungen zu Themen bietet, die aktuell vielen Menschen im Kanton und auch landesweit Sorgen bereiten.» Man will also dort ansetzen, wo seit jeher eine bürgerliche Mehrheit regiert – und gleichzeitig einen eigenen Pol neben dem SP- und gründerdominierten linken Block darstellen, der wohl eine gewisse Uniformität nicht komplett von sich weisen kann. Gerade in der Lokalpolitik zeigt die AL, dass sie dem linksgrünen Konsens nicht immer diskussionslos folgt, sondern ab und an auch mal SP und Grünen einen Strich durch die Rechnung macht. Oder in den Worten der Partei: «Die AL ist eine unverbrauchte Kraft und nicht an Machtstrukturen gebunden, sie will unruhig und unbequem hantieren – mittels klarer Linie und nicht mittels Polarisierung des Diskurses», heisst es an der Medienkonferenz zu den Wahlen. Und weiter: Die AL wolle linksalternative Positionen in der Bundespolitik stärken respektive dafür sorgen, dass sie überhaupt vertreten sind. Dafür stellt sie drei profilierte Zürcher Kandidat:innen auf: Kantonsrätin Anne-Claude Hensch, alt-Gemeinderätin Olivia Romanelli und Gemeinderat David Garcia Nuñez – die Liste ist natürlich länger, und sogar alt-Stadtrat Richi Wolff findet sich auf dem letzten Listenplatz wieder, aber man ist sich natürlich seiner realen Chancen bewusst.

«Die Leute haben nicht auf uns gewartet»

Das weiss auch Anne-Claude Hensch: «Die Leute haben nicht auf uns gewartet.» Vielleicht geht es aber auch weniger um die realen Chancen oder den Unterschied, den einige AL-Politiker:innen in Bundesbern machen würden – sondern um den Status quo. Dieser ist auch das Hauptthema der politischen Forderungen, mit denen die Klein-

partei in den Wahlkampf geht. Vier Fragen stehen im Fokus: Was wäre, wenn wir 1. die Miete für Wohnraum und nicht für Profite von Immobilien zahlen würden, wir 2. die Probleme im Gesundheitswesen endlich anpacken und nicht nur verwalten würden, 3. die Grundrechte konsequent für alle Menschen gelten würden und 4. unsere Lohnarbeit entsprechend ihrem Wert für unsere Gesellschaft entlohnt würde?

Ein Blick in die Forderungskataloge anderer linken Parteien, insbesondere der SP, offenbaren eine gewisse Überschneidung. Das ist allerdings weniger eine stromlinienförmige Anpassung an den innerlinken Diskurs, sondern in vielen Aspekten ein Programm, an dem die AL seit vielen Jahren festhält. Und das teils mit Erfolg. So hat die AL zum Beispiel ein Pilotprojekt zur 35-Stunden-Woche durchgebracht, fordert längst, dass bei Sanierung von Wohnungen keine Leerkündigungen erfolgen dürfen und ist seit Beginn stark involviert in die Aufarbeitung des Skandals bezüglich möglicher Verletzungen der UNO-Kinderrechtskon-

«Ab der Aufnahme in die Bundesasylzentren soll die Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention garantiert sein.»

Anne-Claude Hensch

vention bei der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA). Letzteres ist ein besonders wichtiges Anliegen für Anne-Claude Hensch, das sie gerne auf die nationale Bühne tragen würde: «Eine durchgängige Verbesserung der Situation aller UMA in der Schweiz ist eines meiner politischen Ziele. Ab der Aufnahme in die Bundesasylzentren soll die Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention garantiert sein, d.h. gleichwertige Betreuung und Beschulung wie für inländische Kinder und Jugendliche, die nicht in der eigenen Familie aufwachsen. Und der Praxis des SEM, dass UMA ab 16 Jahren zu sogenannten selbstständigen UMA (SUMA) deklariert werden, gehört ein Riegel geschoben. Es gibt keine gesetzliche Grundlage dazu und verstösst krass gegen die UNO-Kinderrechtskonvention.»

Fertig mit «Pflasterchenpolitik»

Interessant ist, dass die AL sich programmatisch insbesondere über den Fokus auf Grundrechte von den anderen linken Parteien unterscheidet. Vor allem im Bereich KI. Obschon Regulation von künstlicher Intelligenz immer wieder Thema wird, ist das nur bei der AL ein Hauptpunkt des Programms. Sie fordert: Eine Deklarationspflicht bei Einsatz von KI-Anwendungen sowie eine Transparenzpflicht, mit welchen Daten die KI gespeist wird.

Ein weiteres Steckenpferd der AL ist unsere Gesundheitspolitik – die bei der Partei chronische Kopfschmerzen verursacht. Dies einerseits auf der Seite der Bevölkerung, wo steigende Krankenkassenprämien sich auf Kaufkraft und die individuellen Finanzen allgemein negativ auswirken, aber auch auf Seite des Gesundheitspersonals, dessen Arbeitsbedingungen sich weiter verschlechtern, so der Fachkräftemangel befeuert wird – und so die Grundversorgung allgemein torpediert wird. Das bereitet David Garcia Nuñez, hauptberuflich Arzt, ganz speziell Sorgen: «Die permanente Verschiebung der Gesundheitskosten von der staatlichen Seite in die privaten Haushaltskassen ist das grösste gesundheitspolitische Problem in unserem Land. Die Krankenkassenprämienmisere ist eine direkte Folge, dass die Kantone immer weniger Geld für die Prämienverbilligungen aufwenden und Leistungen in chaotischer Art und Weise ins ambulante Setting schieben. Das Problem kann daher nur durch eine Zentralisierung und Koordination der medizinischen und pflegerischen Dienstleistungen, die einkommensabhängig im Rahmen einer Einheitskrankenkasse bezahlt werden, gelöst werden.»

Weitere Forderungen zielen auf die demokratische Mitbestimmung bei der Pharmapolitik und damit verbunden zum Beispiel auf ein staatliches Kaufangebot der Sandoz-Generika-Sparte – und eben Besserstellung von Grundversorgung und Pflege sowie die forcierte Umsetzung der Pflegeinitiative. Die Zeit der gesundheitspolitischen «Pflasterchenpolitik» sei vorbei. «Radikal-pragmatische Lösungen, das Kernmerkmal der AL, sind gefragt», meint David Garcia Nuñez.

Auch über Wohnpolitik in der Stadt Zürich kann man kaum reden, ohne dass die AL irgendwo mitwirkt. Dass die falschen Wohnungen für unsere Wohnbevölkerung gebaut werden, mag von anderen Linksparteien ideologisch mitgetragen werden, aber gerade in der Stadt Zürich stellt man

sich ab und an gegen die SP-Grünen-Mehrheiten. So kämpft die AL zum Beispiel im Bereich kommerziell vermieteter Zweitwohnungen gegen die laufende Verdrängung aus der Stadt und bemängelt längst, dass die Instrumente gegen die ausufernde Zahl von Zweitwohnungen in den Städten nicht angewendet würden. Diese Zweitwohnungen gehören heute noch zum Wohnungsbestand – weshalb man sich auch mit Hochbauvorsteher André Odermatt angelegt hat, der Anfang Jahr im Gemeinderat AL-Ideen bezüglich Monitoring von Businessapartment-Anbieter:innen und Plattformwohnungen als nicht umsetzbar erklärt hatte. Das Verdikt der AL: Sabotage während 10 Jahren, Odermatt als Dienstverweigerer, und das Hochbauamt habe die Hände im Schoss, während die Vermieter:innen ihre Rekursalven nach der BZO-Änderung abfeuern. Auf der anderen Seite ein Stadtrat, der vielleicht gar nicht so unwillig oder -tätig ist – sondern eben jedes mal in dieser Debatte betonte, die Forderungen seien aufgrund von übergeordnetem Recht gar nicht umsetzbar, ein Monitoring nicht zweckmässig, weil ohnehin für Umnutzung ein Gesuch gestellt werden muss. Ob das als Hartnäckigkeit oder als Sturheit zu interpretieren ist – liegt am ehesten beim Stimmvolk. In Bern würde die AL-Wohnpolitik aber wohl ähnlich klingen, wie diejenige von SP-Exponent:innen: Mietzinsdeckel. Das ist aber auch nicht weiter verwunderlich, wenn man die AL als Partei verstehen will, die den linken Parteien als Kritikerin auf die Finger schaut – und nicht als Blockade im Weg steht...

Ein erfolgreiches Rezept?

Die Wohnungspolitik als auch die Gesundheitspolitik wären wohl die potenziellen Zünder für einen unerwarteten Wahlerfolg der Kleinpartei. Ein Vergleich mit Neuenburg zeigt, dass die dort ansässige PdA mit nicht komplett unähnlicher Politik eine Hochburg längst errichten konnte, sodass sie einen festen, wenn auch winzigen Bestandteil der Bundespolitik stellt – in Form von einem Sitz im Nationalrat. Jedoch muss man sagen, dass die Neuenburger PdA auch gleich stark ist wie die dortige SVP und generell stark in der Romandie. Aber: Auch im internationalen Vergleich wäre ein unerwartetes, erfolgreiches Wahlergebnis einer linken Kleinpartei dieses Jahr kein Novum. Ein Blick nach Österreich: Hier haben die Kommunist:innen, genauer die KPÖ Salzburg unerwartete 11,7 Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen 2023 geholt – ein Plus von über 11 Prozent und ein landesweites Rekordergebnis. Damit zog sie erstmals seit 1949 wieder in den Landtag ein und besetzt nun vier Sitze. Schon länger sitzt die KPÖ derweil in der Regierung der Steiermark, in deren Hauptstadt Graz stellt sie die Bürgermeisterin. Dass das gelingen kann, hängt (ein wenig vereinfacht gesagt) mit zwei Faktoren zusammen: Einer glaubwürdigen Politik und dem Vertrauensverlust in die Sozialdemokrat:innen, die in Salzburg rund 3500 Stimmen an die KPÖ verloren. Was hat also die KPÖ mit der AL gemein?

Augenscheinlich ist, dass die beiden Parteien nicht unähnlich politisieren – möglichst nahe an



Gelingt Anne-Claude Hensch und David Garcia Nuñez (mittig) die Überraschung? (Bild: Sergio Scagliola)

den Bedürfnissen der Menschen. So hat die KPÖ zum Beispiel eigene Anlaufstellen entwickelt, die der lokalen Bevölkerung in finanzieller Bredouille ganz konkret, bar auf die Hand sozusagen, helfen. Finanziert wird das über eingerichtete Fonds – fast vollständig aus den Amtsgehältern von Parteifunktionär:innen gespeist (also durch den Überschuss, den die KPÖ ab einer bestimmten Lohngrenze knapp unterhalb des Medianlohns von ihren bezahlten Politiker:innen einkassiert). Auch kostenlosen Rechtsbeistand oder Mieter:innenhilfe bietet die KPÖ denjenigen, die mit Problemen zu ihnen kommen – unabhängig ob Parteimitglied oder nicht.

Ein unerwarteter Erfolg einer linken Kleinpartei wäre dieses Jahr kein Novum.

Nun sieht der Instrumentenkasten bezüglich hands-on-Politik der AL vielleicht etwas anders, wohl auch weniger konkret aus – dennoch ist die gedankliche Verbindung von zum Beispiel AL und Mieter:innenverband nicht umsonst bei Beobachter:innen eine der ersten. Und das liegt auch nicht nur am personifizierten Bindeglied Walter Angst – sondern daran, dass die AL stets im Blick hat, was der Bevölkerung Sorgen bereitet und entsprechend reagiert und mit weiteren Stellen, die die Probleme täglich sehen, vernetzt ist. So zum Beispiel infolge der letzten Mietzinsenerhöhung: Wer hat da nicht den Rechner des Mieter:innenverbands konsultiert? Und wer wurde nicht durch die AL auf den Rechner aufmerksam gemacht? Dennoch: Von der Konsequenz einer KPÖ ist man noch ein Stück weit weg. Und deshalb träumt man auch bei der AL – und vernetzt sich. Am vergangenen Samstag hat die Partei einen Champfer:innen-Zmorge mit dem

Grazer KPÖ-Parteisekretär Max Zirngast veranstaltet, der einen Einblick über die internen Prozesse hinter den Wahlerfolgen gab – und damit der AL wohl zu einigen nützlichen Ideen verhalf, wie die Partei ausserparlamentarisch agieren kann, um ein organisches Wachstum von Stimmen zu erreichen und weitere Lokalpräsenz zu markieren.

Ist ein Überraschungserfolg einer linken Kleinpartei wie im geografischen Osten geschehen also absehbar? Das vielleicht nicht. Aber zugleich wäre es auch das richtige Jahr für eine lokal bekannte, gut vernetzte, auch von anderen Parteien als kompromiss- und arbeitswillige Kraft verstandene und kompetente Kleinpartei, um nach den Sternen zu greifen. Vielleicht, allen Hürden und Steinen im Weg entgegen – zum Beispiel trotz eines gesamtparteilichen Wahlkampfbudgets, das ohne Verbandsspenden auskommt und mit rund 85 000 Franken nichtmal einem Drittel desjenigen von FDP-Posterboy Andri Silberschmidt alleine beträgt – gibt es im Herbst eine Überraschung. Die AL ist an der Listenspitze gut aufgestellt, die Top-Kandidat:innen sind erfahren, überparteilich respektiert und können viel Kompetenz und auch Hartnäckigkeit ausweisen. Überraschend wäre es allemal, sicher aber kein Ding der Unmöglichkeit. Und vielleicht, wenn es dieses Mal nicht reicht – die Schweiz braucht ja bekanntlich immer einige Jahre länger, dass sich (auch politische) Trends festsetzen. Und übrigens: Mit einer Stimme für die AL würden Sie – falls Sie noch unsicher sind, was auf den Zettel kommt – SP und Grünen dank Listenverbindung keine Parteistimmen abgeben.

PARTEIEN IM WAHLKAMPF

Wie geht es den Parteien links der Mitte im Wahlkampf, was freut oder ärgert sie, was sind ihre Themen? P.S. fragt nach – diese Woche bei der AL.

Verzögerungstaktik

Eine gefährliche Verzögerungstaktik prägt sechs Monate nach dem Credit-Suisse-Debakel das Bild.

Sibylle Marti und Céline Widmer*

Seit dem Credit-Suisse-Debakel am 19. März ist ziemlich genau ein halbes Jahr vergangen. Im Frühling forderten auch bürgerliche Parteien lautstark strengere Auflagen und Regulierungen für den Bankensektor. Parteioxponent:innen von der FDP über die Mitte bis zur SVP empörten sich landauf und landab, dass sich die CS-Führungsetage über Jahre so viele Boni ausbezahlt und gleichzeitig im Management total versagt habe. Mit grossem Getöse forderte sogar die FDP diese Boni zurück.

Obwohl eine nächste Bankenkrise ohne bessere gesetzliche Leitplanken so sicher ist wie das Amen in der Kirche, ist es bei den Bürgerlichen inzwischen bereits wieder verdächtig ruhig ge-

Bei den Bürgerlichen ist es inzwischen bereits wieder verdächtig ruhig geworden in Sachen Bankenpolitik.

worden in Sachen Bankenpolitik. Und dies, obwohl namhafte Expert:innen die fusionierte Riesen-UBS als ein enormes Risiko für die Schweiz, ihre Volkswirtschaft und ihren Staatshaushalt einschätzen.

So erklärte Aymo Brunetti, Professor für Wirtschaftspolitik und Finanzstabilität an der Universität Bern, der nach der Finanzkrise 2008 mitgeholfen hatte, die Too-Big-to-Fail-Regulierungen auszuarbeiten, jüngst in der «NZZ am Sonntag»: «Die Bilanz der UBS ist doppelt so gross wie die jährliche Wirtschaftsleistung der Schweiz. Bei einer Übernahme würde der Staat mit Hunderten von Milliarden Franken im Risiko stehen. Er müsste dann wohl eine Bank führen, die wegen einer Krise dysfunktional ist und unter massivem Vertrauensverlust leidet. Dieses Risiko ist völlig inakzeptabel. Die UBS-Rettung könnte die Solidität des staatlichen Haushaltes ernsthaft gefährden und den Bund im Extremfall in die Nähe eines Staatsbankrotts bringen.»

Und was läuft derweil in Bundesbern? Nachdem die UBS Ende August die Milliarden an Liquiditätshilfe zurückgezahlt hatte, schalteten die bürgerlichen Parteien praktisch wieder auf ihren «Courant normal» um. Dass die Rückzahlung der Liquiditätshilfe vor dem Beginn der Herbstsession des Parlaments in erster Linie den politischen Zweck verfolgte, weitgehende Regulierungen für den Bankensektor abzuwenden, wird unter den Tisch gekehrt. Es mehrten sich die Stimmen, die

verkündeten, die Übernahme der CS durch die UBS sei offensichtlich ein erfolgreiches Unterfangen und der Bund habe für seine Darlehen ja darüber hinaus noch 200 Millionen Franken erhalten. Dass Einnahmen von 200 Millionen bei einem Risiko von über 100 Milliarden für die Steuerzahlenden einen wahrlich schlechten Deal von FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter darstellen, ist noch das eine.

Schlimmer ist die von der FDP und den anderen bürgerlichen Parteien unverhohlen angewandte Verzögerungstaktik in Sachen Regulierungen. Exemplarisch dafür steht die Aussage von FDP-Parteichef Thierry Burkart, man müsse nun Schnellschüsse vermeiden und zuerst die Ergebnisse der Parlamentarischen Untersuchungskommission zur CS abwarten, bevor man über Regulierungen befinde. Dabei gibt es diverse Bereiche, wo absolut klar ist, was es braucht, um Risiko aus dem System zu nehmen. Dazu muss man sicher nicht auf die Ergebnisse der PUK warten.

Und das Bankengesetz wird ja genau jetzt einer Revision unterzogen. Das bei der CS notrechtlich angewandte Instrument des sogenannten Public Liquidity Backstop, mit dem der Bund die Ausfallgarantie für die Liquiditätshilfen der Schweizerischen Nationalbank übernommen hat, soll nämlich ins ordentliche Recht überführt werden. Die bereits de facto bestehende Staatsgarantie für systemrelevante Banken soll damit auch de jure festgeschrieben werden. Und das, ohne dass zuerst die dringend notwendigen Regulierungen endlich angepackt würden. Der Entwurf des Bundesrates zeigt, dass Karin Keller-Sutter die Banken gegenüber dem Bund als dem Kreditgeber der letzten Instanz («the lender of the last resort») nicht stärker in die Pflicht nehmen will. Das alte Spiel, dass Risiken sozialisiert und Verluste verstaatlicht, Ge-

winne jedoch privatisiert werden, soll also munter weiter in die nächste Runde gehen. Das ist komplett inakzeptabel.

Damit die gesetzliche Verankerung des Public Liquidity Backstop nicht einfach zu einem Blanko-

Dass die Rückzahlung der Liquiditätshilfe vor dem Beginn der Herbstsession des Parlaments in erster Linie den politischen Zweck verfolgte, weitgehende Regulierungen für den Bankensektor abzuwenden, wird unter den Tisch gekehrt.

scheck für die Banken wird, braucht es mindestens eine Erhöhung der Eigenkapitalquote, ein Verbot von hochspekulativen Eigenhandelsgeschäften, eine finanzielle Abgeltung der Staatsgarantie, eine Deckelung der Löhne und Vergütungen des Bankmanagements sowie eine stärkere Aufsicht durch die Finma mit der Möglichkeit, Verstösse des Managements zu ahnden, Bussen auszusprechen und gegenüber der Öffentlichkeit bedeutende Verfahren gegen Banken publik zu machen.

Die SP verlangt, dass diese oder vergleichbare Regulierungen in die laufende Revision des Bankengesetzes übernommen werden. Alles andere wäre unverantwortlich und eine Gefahr für die ganze Volkswirtschaft.



* Céline Widmer, SP-Nationalrätin (links) und Sibylle Marti, SP-Kantonsrätin und Co-Fraktionspräsidentin, Nationalratskandidatin. (Bilder: zVg)

Putschversuch

Die alte Ordnung findet sich in «Mami Wata» vom Drang nach Fortschritt bedrängt.

Im Untertitel nennt C. J. Obasi den kontrastreich schwarz-weiss inszenierten Film «a west african folklore», womit er einem mitteleuropäischen Publikum hilft, die primäre Handlung als symbolhaft für eine grundlegende Thematik einzuordnen. Das Dorf Iyi kennt keinen Strom, keine Schulen, keine Spitäler, keine Moderne. Diese Weltabgeschiedenheit oder wahlweise Urkräfteverbundenheit konnte sich nicht nur halten, weil es die geographische Lage begünstigte, sondern auch, weil die heilerischen und seherischen Kräfte von Mama Efe (Rita Edochine) Unheil von der Siedlung fernhielten. Verliehen durch die kultische Verehrung der sich als Meerjungfrau manifestierenden Wassergöttin Mami Wata. Doch Mama Efes irdisches Dasein neigt sich seinem Ende, ihre Kräfte schwinden. Eine ihrer Töchter, Zinwe (Uzoamaka Aniunohq) soll im Sinn einer Erbdynastie an ihre Stelle folgen. Eine missglückte Heilung verstärkt Zinwes bereits bestehenden leisen Zweifel, die durch eine amouröse Annäherung von und zum geretteten Schiffbrüchigen Jasper (Emeka Ama-keze) noch verstärkt werden. Zinwes freigeistig-kritische Schwester Prisca (Evelyn Ily) spricht zu



lautstark über ihre Ideen und die mit Jasper eingeschleppte Kenntnis über das anscheinend bequemere Leben ausserhalb ermuntert einzelne junge Männer dazu, einen Putsch mit Waffengewalt anzuzetteln. Aus dem Kurzschluss, Zinwe solle den Schutz der Meeresgöttin beweisen, ertränken sie die Männer weit draussen im Meer. Jaspers Selbstinszenierung zum Anführer offenbart dessen egozentrisches Kurzzeitdenken und als Zinwe mittels ungebührlicher schwesterlicher Hilfe wieder aufsteht, finden sich die Lebenskonzepte Auge in Auge in Konkurrenz zueinander. Die Symbolik ist keineswegs abhängig vom Kontinent, auf dem die Geschichte spielt, sondern meint eine deutlich politisch konnotierte Infragestellung einer einseitig positiv konnotierten Lesart jedes sogenannten Fortschritts als Errungenschaft. *froh.*

«Mami Wata» spielt im Kino Houdini.

Wunderpille

Ein Paar in Pension droht sich im Alltagskleinklein zu verlieren, was geändert gehört.

Wer einem deutschen Film die Chansons von Françoise Hardy als zentrale Musikspur gönnt, signalisiert damit weit mehr als die blossе Sehnsucht nach dem Früher. Marianne (Senta Berger) und Günter (Günther Maria Halmer) leben seit einem halben Jahrhundert in einer idyllischen Gartensiedlung zusammen. So richtig richtige Aufgaben scheinen nicht mehr auf sie zu warten, was die Dialoge von Martin Rauhaus in spitz zulaufenden Neckereien mit sehr wohl hörbarem Unterton ausdrücken. Ihr aktueller Wettbewerb dreht sich um die gegenseitige Beweisführung, wer von beiden sich im Kopf oder in den Gliedern weniger Anzeichen von Altern alias Verfall als manifest einzugestehen hat. Um den darüber drohenden Streitigkeiten entgegenzuwirken, hat sich Günter bei einem alten Freund (Konstantin Wecker) zwei Gedächtnispillen besorgt, die den bevorstehenden Hochzeitstag in einen Höhenrausch verwandeln sollen. «Weisst du noch» von Rainer Kaufmann ist ein Kammerspiel eines wunderbaren Schauspielduos, das mehr über das Konkrete einer paarspezifischen Gemengelage hinausweist. Das damit wieder erlebbare Früher, in dessen Rausch sich die



beiden auch nicht vor waghalsigen Albernheiten scheuen, rückt ihre Wahrnehmung zugunsten ihrer einstigen Werteskala zurecht. Die emotionale und auch körperliche Zuneigung zueinander, die gegenseitige Achtsamkeit und Neugier, das gemeinsame Erleben und das Wiederentdecken und -ausleben von scheinbar Unvernünftigem, aber auch das Benennen von zu lange Verschwiegenem kommen auf die oberste Hierarchiestufe der Dringlichkeit zu stehen. Das tendenziell Sentimentale daran wird für die beiden zum Türöffner zur regelrecht physischen Erinnerung an eine mit den Jahrzehnten tatsächlich in Vergessenheit geratene gegenseitige Würdigung und Wertschätzung. Fast so, als ob ihre Liebe zueinander eben erst entflammt wäre, wo Gedanken an eine potenzielle Dauer keinen Platz haben. *froh.*

«Weisst du noch» spielt in den Kinos Arena, Capitol, Movie.

Nesthäkchen

Der Wunsch eines achtjährigen Kindes bringt ein ganzes Sippenkonstrukt ins Wanken.

Die alten Frauen sitzen im Dorfeingang und wachen über alle Ereignisse. Kein Wunder, so scheint es in «20 000 especies de abejas» von Estibaliz Urresola Solarugen, ist jede Grossfamilie auf grösstmögliche Verschwiegenheit bedacht, sollten sich innerhalb der Sippe freiheitliche Gedanken oder Taten abspielen. Ane (Patricia López Arnaiz) reist mit ihren drei Kindern Nerea (Andere Garabieta), Eneko (Unax Hayden) und Aitor (Sofía Otero) für eine Erledigung, was sie ihnen als Ferien verkauft, vom französischen in den spanischen Teil des Baskenlandes in ihr Heimatdorf.

Dort herrscht gerade helle Aufregung, weil das diesjährige Verschwinden der Statue des heiligen Johannes aus der Kirche nicht zur sonst üblichen Auflösung am gewohnten Wiederfundort geführt hat. Anas Vater war der Schöpfer der Statue.



Dessen Werkstatt gilt einerseits als unantastbar, wohingegen Anes gestrenge Mutter Lita (Itziar Lazkano) klammheimlich beschlossen hat, sich andererseits endgültig von dieser Altlast zu befreien. Schliesslich stehen die Plastiken auch für den bislang grössten Familienskandal, worüber eisern geschwiegen wird. Klar ist, dass Ane als Bildhauerin und baldige Dozentin in Bayonne in der Familienhierarchie unter der Stellung ihrer daheimgebliebenen Schwester und Hausfrau steht, deren jüngster Spross demnächst feierlich getauft werden soll. Die einzige Figur, die sich mit ihrer Rolle der Aussenseiterin offenbar bestens arrangiert hat, ist Anes Tante Lourdes (Ane Gabarain), bei der und deren Bienenstöcken Aitor die meiste Zeit verbringt und erstmals auf die vielen plagenden Fragen ein aufrichtig offenes Ohr wie auch einfühlsame Erklärungen trifft. Überall sonst ist die Stimmung sehr gespannt. Aitors Unwohlsein mit dem eigenen Körper und das Selbstverständnis als Lucía wird das gesamte Familiengefüge zuerst strapazieren, letztlich aber von all dem Heimlichkeitenmurks befreien. Zauberhaft in Szene gesetzt. *froh.*

«20 000 especies de abejas» spielt im Kino RiffRaff.

Miriam Cahn, Pablo Neruda und fünf Komponistinnen

Samstag, 23. September

8.30 SWR: «**Sind Elite-Unis noch zeitgemäss?**» Christoph Drösser fragt nach. Ein halbes Prozent der Studierenden in den USA besucht eine Institution, die als Elite-Hochschule gilt. Stanford, Harvard, Yale... Bekommen sie dort wirklich die bestmögliche Ausbildung? Schreiben sie trotz aller Bemühungen um soziale Gerechtigkeit und liberaler Lehrinhalte einfach die herrschenden Verhältnisse fort – in Amerika und anderswo? Danach eine «Musikstunde» mit Timo Brunke: eine Frühstücksbetrachtung zur Jahreszeit mit tief schürfendem Leichtsinn.

11.00 DLF: «**Wenn ein Geheimtipp keiner mehr ist.**» Hans-Günter Kellner über Spaniens Naturpark Cabo de Gata. Reihe Gesichter Europas. SRF 2 wiederholt die «Musik fürs einen Gast» mit Kamilla Schatz, Leiterin der Pestalozzi-Schulcamps.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Ronen Steinko, Jurist, Journalist und Autor der inzwischen auch verfilmten Biografie über den deutschen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer.

20.00 SRF 2: «**Das zornige Schreiben.**» Oliver Augst mit einem O-Ton-Porträt über die Schweizer Künstlerin Miriam Cahn. Zornig kommentiere sie darin «das Geschehen im Kunstbetrieb und in der Welt der Behörden. Radikal subjektiv und ausdrucksstark». Briefe, Tagebücher und Notizen, «mal voller Rage, mal poetisch, immer jedoch ohne Scheu vor Konflikten». Das spiegle sich auch in ihrer Kunst wider: «Aus einer feministischen Position heraus schafft sie Bildere und Räume zur Zerbrechlichkeit des menschlichen Körpers, zu Frausein, Liebe, Sexualität, Gewalt, Antisemitismus, Krieg und Flucht.» Gleichzeitig beim DLF als Reprise: «Ob die Granatbäume blühen.» Hörspiel von Gerhard Meier. Der letzte Prosatext des Schweizer Schriftstellers war seiner Frau Dorli, ihrem Garten und der gemeinsam durchlebten Zeit gewidmet.

21.00 SRF 2: «**Dämonische Iris**» von David Moliner. Uraufgeführt am Lucerne Festival 2023.

22.00 DLF: «**Von der Intelligenz der Pflanzen und der Eisberge.**» Frank Kämpfer stellt im Atelier neuer Musik zwei Ausschnitte aus Werken vor, die sich mit dem Verhältnis von Natur und Mensch im sogenannten Anthropozän befassen. Parallel bei SWR 2 Kultur in der Jazztime: «Sparsam und eindringlich.» Bert Noglik porträtiert den Pianisten Mal Waldron. Danach bis morgens um 2 Uhr: «Global Breath.» Trumpet sounds around the world. Komposition und Realisation: Marco Blaauw.

23.00 SWR: «**Erklärung einiger Dinge.**» Eine Lange Nacht über Pablo Neruda. Gestaltet von Günther Wessel. «Mindestens eines seiner Liebesgedichte kann jeder in Chile zitieren – auch wer Neruda aus ideologischen Gründen ablehnt. Politisch geprägt wurde er durch die soziale Kluft in seinem Heimatland und durch den Spanischen Bürgerkrieg, als die Truppen Francos seinen Freund, den Dichter Fe-

derico García Lorca ermordeten und seine damalige Heimat Madrid bombardierten.» Neruda wurde zum kämpferischen Antifaschisten und Dichter, wurde von den Irrtümern seiner Epoche nicht verschont. Den gewaltsamen Sturz der frei gewählten sozialistischen Regierung der Unidad Popular überlebte er nur wenige Tage.

Sonntag, 24. September

8.30 SWR: «**Als der Menschenaffe laufen lernte.**» Jochen Steiner im Science Talk mit der Paläontologin Madelaine Böhme. Parallel geht es bei SRF 2 in den «Perspektiven» mit Léa Burger um Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz.

9.30 DLF: «**Staub.**» Melancholie der Materie. Essay von Thomas Palzer.

12.00 SWR: «**Für Menschenrechte auf die Strasse.**» Dorette Deutsch blickt auf ein Jahr unter rechtspopulistischer Regierung Meloni in Italien zurück.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Kaska Knapkiewicz, Architektin. «Grundrisse entwerfen, ist wie Musik spielen.»

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Bob Blume, Lehrer, Bildungsinfluencer und Autor von «10 Dinge, die ich an der Schule hasse».

14.00 SWR: «**So long good-bye.**» Feature von Harun Farocki. Produziert anno 1978, um damals aktuelle Trends aus der Film- und Disco-Welt einzufangen.

15.00 SRF 2: «**Singvogel/Mensch – eine Beziehung aus Klang.**» Feature von Yvonn Scherrer. Vogelgesang tut Menschen wohl, verbessert gar ihre Gesundheit, sagt die



Wissenschaft. Kommt das daher, dass wir Menschen auch Singtiere sind? Haben wir das Singen von den Vögeln gelernt? «Wer einmal ein Nachtigallenkonzert gehört hat, wird es nie mehr vergessen.» Kaum zu glauben, dass Vögel nur als Mittel zum Zweck singen. Doch genau davon gehen viele Biologen aus.

16.30 DLF: «**Dunkle Energie.**» Was steckt hinter der Supermacht im Universum? Dirk Lorenzen in Forschung aktuell.

18.20 SWR: «**Alles inklusive.**» Hörspiel nach dem Roman von Doris Dörrie. Liebesdesaster.

20.00 DLF: «**Paranormal Activity.**» Gespenster auf der Spur. Feature von Raphael Smarzo.

23.00 SWR: «**Der deutsche Wald.**» Eine Ausbeutung. Radioessay von Steffen Greiner. Was wäre, wenn das Wegreissen des Dorfes Lützerath – die Endung verweist auf eine Rodung – nur die Vollendung der vor Jahrhunderten begonnen Umgestaltung dieses Flecken Erde wäre? Das

romantische Ideal des deutschen Waldes nur möglich durch die Globalisierung seiner Plünderung? Caspar David Friedrichs Waldidyllen eigentlich Industriegebiete? Erzählt werde hier «eine Geschichte von Ausbreitung und Ausbeutung» – von der Donareiche zu den märkischen Sümpfen, vom Bergeschrey zu den Borkenkäfern.

Montag, 25. September

8.30 SWR: «**Wie die Regierung kritische Medien gängelt.**» Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster über Polens bedrohte Pressefreiheit.

9.00 und 23.00 SWR: «**Fünf Komponistinnen.**» Oder: Musikgeschichte anders erzählt. Eine Musikstunden-Wochenserie mit Anette Sidhu-Ingenhoff. Sie stimmt ein auf das Tübinger Musikfest, in dem vom 29. September bis 8. Oktober mehr als 50 Frauen im Mittelpunkt stehen, «beeindruckende Persönlichkeiten, die grossartige Werke geschaffen haben». Fünf von ihnen werden hier in jeweils einstündigen Porträts gewürdigt. Heute: Josephine Lang. «Meine Lieder sind mein Tagebuch.»

14.00 SRF 1: «**Fred und Franz**» von Arno Camenisch. Zwei schräge Vögel und ihre Sicht auf die Welt vor zehn Jahren.

15.00 SWR: «**Mich, dich und die Welt bewegen.**» Frank Schüre über Lebensziele junger Erwachsener. Die vierte Folge.

15.30 SWR: «**Wie die einarmige Schwester das Haus fegt.**» Roman von Cherie Jones. Eigentlich sollte die Legende von der einarmigen Schwester für Lala eine Warnung sein, was mit Mädchen geschieht, die ihren Müttern nicht folgen. Doch sie nimmt es als eine verheissungsvolle Geschichte einer Abenteurerin... Start einer Fortsetzungslesung, die bis in den November hinein dauert.

Dienstag, 26. September

8.30 SWR: «**Wie die Chemieindustrie CO₂ nutzen will.**» Hellmuth Nordwig über ein Treibhausgas als Rohstoff.

9.00 und 23.00 SWR: «**Opposition mit Gleichmut begegnen.**» Emilie Mayer, Komponistin. Morgen dann Luise Adolpha le Beau.

15.00 SWR: «**Nachhaltigkeit, Minimalismus und viel Geduld.**» Margrit Braszuzum Leben im Tiny House Village.

19.15 DLF: «**Erschossen in Moskau.**» Erinnerung an deutsche Opfer des Stalinismus. Ein Feature von Mario Bandi. Ausgangspunkt ist ein Sammelband, den die internationale Gesellschaft Memorial in deutscher Sprache veröffentlicht hat.

22.00 DLF: «**Nur die Besten dürfen ins Gefängnis.**» Klassik für nicht-klassisches Publikum. Bettina Mittelstrass berichtet.

Mittwoch, 27. September

8.30 SWR: «**Zehn Jahre nach dem Bootsunglück von Lampedusa.**» Paul Hil-

debrandt und Bartholomäus Laffert zur EU-Flüchtlingspolitik.

20.00 DLF: «**Er-Schöpfungstheologie.**» Thomas Klatt fragt, wie die evangelische Kirche mit der Klimakrise umgeht. Parallel bei SWR 2 Kultur in Thema Musik «Hélène Grimaud und wie sie die Welt sieht». Dorothee Binding habe sich mit der französischen Pianistin getroffen und mit ihr über Rückzugsorte und die Sorge um die Umwelt gesprochen. Und bei SRF 1 zum Sessionsschluss die «Satire-Fraktion».

20.30 DLF: «**Das Alphabet der sexualisierten Gewalt.**» Laura Leupi bei den Tagen der deutschsprachigen Literatur 2023 in Klagenfurt.

21.00 SRF 2: «**Arc-en-Ciel.**» Konzert des Ensembles der Zürcher Hochschule der Künste, in dem sich Musikstudierende mit der heutigen Musik auseinandersetzen. Und beim DLF in den Querköpfen: «Der Tanz von Worten und Tönen.» Michael Krebs, Kabarettist und Jazzpianist

Donnerstag, 28. September

8.30 SWR: «**Was Väter anders machen.**» Christina Bergengruen über Männer in der Erziehung.

9.00 und 23.00 SWR: «**Fünf Komponistinnen.**» Heute: Ethel Smyth, die laut Vorschau nicht nur für die Musik, sondern auch für die Rechte der Frauen brannte. Morgen dann noch Pauline Viardot-Garcia: Was ist Musik?

15.00 SWR: «**Nur noch Notversorgung.**» Thomas Kruchem über Menschen ohne Krankenversicherung.

20.00 SWR: «**Fünfzig Jahre souverän auf dem Drahtseil.**» Bernd Gürtler über die 1972 in Ostberlin gegründete «City»-Band. «Aufgeben war nie eine Option, weder vor dem Wendeherbst 1989 noch danach, als sie sich mit grundlegend anderen ökonomischen Rahmenbedingungen auseinandersetzen musste.» Und nach 21 Uhr in der JetztMusik: «Die Fabrik. Ein Update.» Über Ausbeutung, Lügenindustrie und ein Leben ohne Arbeit. Martina Seiber über Luigi Nono und sein «La Fabbrica illuminata».

Freitag, 29. September

8.30 SWR: «**Neue Akzeptanz für unterschätzte Werke.**» Richard Fuchs über DDR-Kunst.

19.15 DLF: «**Forum Wissenschaft.**» Fleisch ohne Kühe, Salat ohne Acker. Wie essen wir morgen?

20.00 DLF: «**Zwei Seiten Leben.**» Drei Trauerredner. Feature von Michael Lissek.

22.00 SWR: «**Was da ist, wird überschätzt.**» Der Lyriker Raoul Schrott.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk** 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. **Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

Ereignisse im Dritten Reich

Dokument

«Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg (Ja-Rufe und starker anhaltender Beifall, Rufen). Wollt ihr ihn, wenn nötig totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können (Ja.-Rufe, Beifall.» Dies ist eine Schlüsselstelle aus der berühmten Rede, die Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast hielt. Im Buch «Die Sportpalastrede 1943» wird sie in der ausgestrahlten Radioversion auf der linken Buchseite abgedruckt und auf der rechten vom Historiker Peter Longerich im Detail kommentiert. Dazu ordnet er sie in einer Vorgeschichte und in einer Nachbetrachtung ein.

Es ist, sieht man von moralischen und ethischen Aspekten ab, eine glänzende Rede, mit der es Joseph Goebbels gelingt, die treuen und engagierten Nazis im Publikum und am Radio in einer schwierigen Situation aufzumuntern, zum Weiterkämpfen zu bewegen und sie mit viel Witz etwa über die Bürokratie auch zu unterhalten. Ob er bei der breiten Bevölkerung den gleichen Erfolg hatte, ist eine andere Frage, die aber insofern nur bedingt interessant war, als gegen die Nazidiktatur 1943 in Deutschland eh kein Kraut gewachsen war.

Die Rede fand zu einem für die Führung schwierigen Zeitpunkt statt. Die Armee erlitt in Stalingrad die erste grosse, nicht zu vertuschende Niederlage. Adolf Hitler zog sich aus der Öffentlichkeit immer mehr zurück, und unter seinen mächtigsten Adlaten herrschte der übliche Streit, wobei der immer noch mächtige Hermann Göring in der Praxis immer mehr ausfiel. Joseph Goebbels seinerseits war zwar der unbestrittene Propagandachef, aber in den entscheidenden Gremien erhielt er nie das Gewicht, das er wollte.

Die Rede erfüllte so eine Doppelfunktion: In seinem Sportpalast vor der weitgehend präsenten Parteiprominenz hielt er jene Rede, mit der Stalingrad vergessen gemacht werden sollte. Dem Redner war bewusster als den meisten Nazigrößen, dass ein «ehrvoller» Frieden für die Alliierten mit dem Naziregime nicht mehr infrage kam, dass zum totalen Krieg und zum kompromisslosen Stehen hinter dem Führer keine Alternative bestand. Wie er dies ausdrückte, ist wirklich lesenswert. *kl.*



Peter Longerich: **Die Sportpalastrede 1943.** Verlag Siedler 2023, 206 Seiten, 36.90 Franken.

Reichstagsbrand

Am Abend des 27. Februar 1933 brannte in Berlin der Reichstag. Unbestritten ist, dass der Holländer Marinus van der Lubbe am Brand beteiligt war. Ob als Alleintäter, wie der Mainstream der Historiker:innen behauptet, oder nur als Mittäter, wie eine Reihe Historiker glaubt und wie es Uwe Soukup in seinem Buch ausführlich ausführt, ist polemisch umstritten. Warum nach seinen Fakten (dazu gehört zentral das Brandgutachten) ein Alleintäter nicht infrage kommt, erläutert er detailliert – zumal nicht einer wie Marinus van der Lubbe, der sehbehindert war und in der kurzen Zeit den Brand ohne Brandbeschleuniger nicht so zustande gebracht hätte. In seinem Buch streitet er sich sehr intensiv mit den Vertretern der Alleintäterschaft, vor allem mit Fritz Tobias, dem er durchaus glaubwürdig nachweisen kann, dass seine Erkenntnisse auch durch erpressungsähnliche Methoden zustande kamen und dass er alte Nazis schützte. Was ist derart brisant an der Frage, wer den Brand legte? Dass er die Grundlage für die Ermächtigungsgesetze lieferte, die faktisch den Rechtsstaat in Deutschland bis 1945 abschafften, ist unbestritten. Die Frage, so zumindest verstehe ich es, dreht sich darum, ob sich das Naziregime ohne Reichstagsbrand anders entwickelt hätte, oder anders gesagt, ob die Nazis faktisch gezwungen waren, sich gegen den aufkommenden Terror zu wehren, wie es vor allem Fritz Tobias als Vertreter der Alleintäterschaft behauptet. Oder ob sie selber – mit oder ohne Wissen der Führung – den Brand legten, um ihre Terrorherrschaft zu installieren. Auch Uwe Soukup, der auf der anderen Seite argumentiert, geht davon aus, dass der Terror erst mit dem Reichstagsbrand wirklich begann. Das ist eine Überschätzung. Terror übten die Nazis bereits vor der Machtübernahme Hitlers im Februar 1933 aus und sie begannen mit der Verfolgung der KPD sofort nach der Machtübernahme. Der Reichstagsbrand hat den Terror enorm beschleunigt, aber sie hätten auch sonst mit Sicherheit einen Vorwand dafür gefunden. Uwe Soukup zeigt in seinem Buch gute Gründe gegen eine Alleintäterschaft, aber keine einleuchtenden, dass die Frage für den Fortgang der Geschichte sehr relevant war und ist. *kl.*



Uwe Soukup: **Die Brandstiftung.** Heyne Verlag 2023, 208 Seiten, 34.90 Franken.

Allein

Im Gegensatz zu Marinus van der Lubbe, der als Alleintäter des Reichstagsbrands der Nazispitze in Berlin willkommen war, wehrte sie sich mit Händen und Füssen und mit viel Folter dagegen, dass Georg Elser allein das Attentat vom 9. November 1939 im Münchner Bürgerbräu durchgeführt hatte. Jenes Attentat, das sein Ziel, den Tod Hitlers, nur verfehlte, weil dieser entgegen aller Tradition am Abend der alten Kameraden eine Stunde früher als erwartet sprach. So hatte er das Lokal bei der Explosion der Bombe (8 Tote), die er kaum überlebt hätte, bereits verlassen. Georg Elser wurde am Abend beim Grenzübertritt in die Schweiz verhaftet. Weil er sich, der die Bombe mit soviel Präzision gebaut und im Bürgerbräu platziert hatte, beim illegalen Grenzübertritt ausgesprochen ungeschickt benahm. Statt sich zu freuen, ärgerte sich die Nazispitze, insbesondere Hitler selber. Ein Attentäter aus dem eigenen Volk, der zudem unorganisiert und eher unpolitisch war, passte nicht. Es musste, wenn schon, ein von England ausgeführtes Attentat sein. Um diese These zu unterstützen, entführte der deutsche Geheimdienst zwei englische Geheimdienstler und steckte sie ins KZ, in dem auch Georg Elser landete, der unter Folter den Anschlag gestand. Weil nicht sein konnte, was war, dass nämlich ein Handwerker ganz allein ein recht komplexes Attentat zustande brachte, wurden die ganze Familie und die Bewohner:innen seines Wohnortes Königsbrunn von den Nazis hergen heimgesucht und so geplagt, dass die ahnungslose Familie im Dorf sehr lange geächtet blieb.

Wolfgang Benz schildert das Leben dieses Menschen, der recht wenig sprach, aber gesellig und den Frauen zugetan war, mit sehr viel Sympathie. Er ordnet ihn aber auch in die Reihe derjenigen ein, die versuchten, Hitler umzubringen. Sein Ergebnis ist recht klar. Er ist, obwohl alleine, der einzige, dem der Anschlag wirklich gelang und der ihn vor allem zu einem Zeitpunkt ausführte, in dem er noch etwas bewirkt hätte. Und er zeigt schön auf, wie lange es dauerte, bis Georg Elser's Tat ihm zugestanden wurde und er dafür auch nachträglich geehrt wurde. Er wurde wenige Tage vor Kriegsende nach Jahren der totalen Isolation erschossen. *kl.*



Wolfgang Benz: **Allein gegen Hitler.** H.C. Beck Verlag 2023, 223 Seiten, 39.90 Franken.

Sinnlich



(Bild: Pascale Lustenberger)

Mit der Manipulation von simplen Materien erschafft die Compagnie O. mit «Living Matter(s)» einen Bilderreigen, der das Irdische mit dem Künstlichen zur Kunst verbindet.

Da stehen die drei Tänzerinnen auf einem erhöhten Haufen und erinnern zuerst an «Die drei Grazien» von Peter Paul Rubens, um sich behändig in Francisco de Goyas «Flug der Hexen» zu verwandeln und diese eine Szene schliesslich als physische Stellvertretung Henri Matisse's «La danse» als einen harmonisch in sich stimmigen Kreislauf zu beschliessen. Schon der Auftakt von Marie Alexis' Choreographie zielt auf die Wahrnehmung durch mehrere Sinne zugleich: Alice d'Angelo, Naomi Kamihigashi und Ambra Peyer stecken in schwarzen Latexanzügen und rutschen mit Tanzteppich belegte Senken hinab, was Gummi auf Gummi Reibungstöne generiert, zielstrebig ungelenkt angestrengt und augenscheinlich schweisstreibend wirkt, was bereits Lust und Pein als streckenweise sehr nahe Verwandte thematisiert. Wenn sie unter die bühnenfüllende Wulst aus Kautschuk kriechen und sich gegen den Widerstand winden, ist eine hochgradig stilisierte, aber latente sexuelle Konnotation nicht mehr von der Hand zu weisen. Nach und nach erweitern sie die Materialien auf der Bühne um meterweise Bahnen durchsichtiger Plastik- und schwarzsilberner

Alufolie, die sie unter erkennbarer physischer Kraftanstrengung über die Bühne wälzen und so einen Eindruck einer tektonischen Plattenverschiebung erwecken. Jedes Material erzeugt in sich ein verschiedenes Geräusch und fördert Assoziationen zutage, die mit zum Ausdruck dieser Choreographie gehören: Das weisse Fischernetz als ganzkörperumhüllenden Hochzeitsschleier, die überlangen Aluschutzfolien als Wärmespeicher in grösster Not und eilends hervorgezogene Endlosbahnen, die sich vertikal im Raum biegen, als würden Vulkane Lava speien. Der Mensch darin wirkt stellenweise als handgreifliches bis sehr einschlägig übergriffiges Wesen, das in die angetroffene Ordnung eingreift, um andernorts wiederum als mickriges, von der Umgebung vielschichtig bedrohtes Wesen zu erscheinen. Dann wieder tanzen die Drei auf dem via die Vernunft als Abfall und Überfluss erkennbaren Materialberg, wie das die Haute-volée während des Untergangs der Titanic ihre Gefahrenlage völlig ignorierend taten, was hinsichtlich der akuten Umweltthematik auch als generelles Sinnbild gelesen werden könnte. Die Sinnlichkeit ergreift das Publikum auch unmittelbar. Die Plastiksitzkissen wärmen zusehends von unten, was ein (theoretisches) Unwohlsein durch die symbolisierte Bedrohung von über den Köpfen hängenden Netzen möglicherweise noch verstärkte, würde einen das Bühnengeschehen allein nicht schon voll in Beschlag nehmen. *froh.*

«Living Matter(s)», 15.9., Tanzhaus, Zürich.

Raffiniert

Wer in Zürich Patrick Süskinds «Der Kontrabass» aufführt, spürt den Atem von Hubert Kronlachner selig im Nacken, der diese Rolle ein Vierteljahrhundert lang prägte.

Ganz augenscheinlich sind sich der Regisseur Hansjörg Betschart und der musikalische Leiter Daniel Fuetter dessen sehr bewusst, weshalb ihre Zusammenarbeit bis auf den Inhalt niemals je in die Nähe der Gefahr einer direkten Konkurrenz gerät. Aus dem Kammerpiel, das Hubert Kronlachner von 1982 bis 2008 sagenhafte 600-mal aufgeführt hatte, wird ein akustisch und optisch erweiterter Monolog für Peter Hottlinger. Sein Jemand beklagt originalgetreu sein Orchestermusikerdasein an dem Instrument, das ein Orchester überhaupt erst ausmache und trotz der musikalisch tragenden Rolle gemeinhin vollends unter Wert gehandelt bis schlechterdings ignoriert werde. Zudem schrieben die grössten Komponisten die unspielbarsten Tonfolgen, die posthum damit bestraft würden, dass mehrere Noten einfach überspielt würden. Die an die symbolisierte Weiblichkeit mahnende Form sei im Vergleich zur fleischlichen Entsprechung überaus mangelhaft und das hölzerne Un Ding würde eine einhellige Nachbarschaft genauso erschweren, wie sie das Finden einer Liebe gerade vollends verunmögliche. Die Klage hat notabene eine konkrete Adressatin,

die Sopranistin Sarah (Gesang und Viola: Anna Gschwend), deren Herz oder auch nur schon Aufmerksamkeit über die eigene Existenz diesen Jemand zu Gedankenspielen verleiten, die vierzig Jahre nach Erscheinen des Einakters nochmals sehr viel schärfer verurteilt würden, brächte dieses an sich armselige Häufchen Mann tatsächlich jemals überhaupt seinen Mut für irgend eine Handlung zusammen. Fünf Kontrabässe schleppt er nach und nach auf die Bühne, wovon vier von wechselnden Musiker:innen (an diesem Abend: Sofus Gleditsch, Flavio Mieto, Lia Neff, Herbert Kramis) die jeweiligen Textstellen untermalend, illustrierend oder konterkarierend auch gespielt werden. Als eher zierliche kleine Person wirkt Peter Hottlinger diesen mächtigen Klangkörpern gegenüber rein physisch tatsächlich wie eine Quantité négligeable. Aber nicht allein deswegen führt seine rechte Hand sehr viel häufiger den Bierflaschenhals an den Mund, als dass er dem Instrument einen Klang entlockt. Er und ehrlich gesagt nicht nur er gerät immer in den Momenten in Verzückung, wenn Anna Gschwend die im Text Erwähnung findenden Arien intoniert, meist inszeniert als eine mystische Erscheinung hinter einem durchsichtigen Vorhang, der auch für die Un erreichbarkeit für des Lamentierers Sehnsüchte stehen könnte. Aus dem langjährig minimalistisch ausgestatteten Text wird hier ein plastisch, physisch, akustisch und optisch ausladendes Klageliederlebnis. *froh.* «Der Kontrabass», 17.9., Theater Rigiblick, Zürich.



(Bild: Tobi Suter)

Selbstbehauptung Prima Primadonna



(Bild: Mary Harrison)

«My Sweetsland» thematisiert die Vielfältigkeit der Erschwernisse, als Schwarze Personen mit einem Bühnenberuf ein reihum als glückend zu nennendes Ergebnis zu erzielen.

Der einfachste Einstieg in «My Sweetsland» ist die Vergegenwärtigung, dass in Teilen Schauspielerinnen mit vergleichbaren Unzulänglichkeiten zu kämpfen haben. Für Frauen existieren Rollen als jugendliche Verführerin und als gütige Grossmutter. Im Alter dazwischen fällt die Karriere aus, respektive ist der weitherum hörbare Wunsch längst manifest, dass die Stücke mit interessanten Frauenrollen verschiedenen Alters erst noch geschrieben gehören. Für Schwarze Personen tun sich konkret noch viele weitere Scheren zwischen äusserer Erwartung und innerer Haltung, individuellem Empfinden und der Falle eines Stereotyps, sowie je nach Umfeld – Staatstheater, freie Szene, Ausbildung – zusätzlicher Druck bezüglich Hierarchie, Wirtschaftlichkeit alias Publikumszuspruch und/oder Vorverurteilungen auf. Der Rahmen von «My Sweetsland» wäre der Ansatz einer selbstbestimmten Verfassung einer Bühnengeschichte, mit der sich alle Anwesenden identifizieren können sollen, die dann aber faktisch an den bürokratischen Visahürden des aus Malawi eingeladenen Gastes Robert Magasa bereits in der Probenphase zu scheitern

droht. Das Stück, respektive die Aneinanderreihung von Fragmenten, bezieht sich auf sämtliche infrage kommenden Hürden und Hindernisse, die bildhaft übersetzt mit dem sichtlich schmerzhaften Versuch von Mbene Mwambene, sich grazil in einen Spagat zu begeben, seinen vielsagenden Anfang nimmt. Offenbar soll ihre eigentliche Aufgabe lauten, «Antigone» als Master-Projekt aufzuführen. Die Folgen der verzögerten Einreise hatte weitreichende Folgen, die inklusive der anders als erwarteten Vergabe von Fördermitteln letztlich dazu führt, dass zu Beginn niemand bereit ist, die titelgebende Frauenrolle zu geben. Mbene Mwambene verkörpert primär die wutbasierte Ablehnung, sich in ein vielgestaltiges Korsett zwingen zu lassen, während Divine Harrison auf einer Meta-Ebene eingreift, auf der er zu bedenken gibt, diese einfache Schuld-und-Opfer-Falle, in die Mwambene gerade zu tapen im Begriff ist, würde just wieder ebene Klischees einer Darstellung von Schwarzen Personen reproduzieren, das sie doch mit diesem Stück genau überwinden wollten. Aus Film- und Textprojektionen der Reisehindernisse, tendenziell traditioneller Musik von Nello Novela und einem klug verschachtelten Disput über dem jeweils eigenen, sich häufig gegenseitig widersprechenden Anspruch an ihre gemeinsame Idee schustert sich – in Englisch – nach und nach ein Gesamtbild einer Komplexität zusammen, das einer einfachen Lösbarkeit noch immer harret. *froh.*

«My Sweetsland», 16.9., Gessnerallee, Zürich.

Ziemlich retro: Puccinis «La Rondine» am Opernhaus bietet ungestörtes Unterhaltungstheater mit einem Protagonistenpaar zum Niederknien.

Weniger Handlung als in Giacomo Puccinis Oper (oder Operette? eigentlich passt fast alles in dieses Muster) «La Rondine» ist selten. Das Paar – er unsicherer Kleinbürger, sie, äh, ja, wie nennt man das? Sie lässt sich von reichem, altem Mann aushalten – kommt nicht zusammen, weil er die klassische Vorstellung der Kleinfamilie hat und sie einer absoluten, vielleicht utopischen Liebe nachhängt.

Christof Loys Inszenierung situert das einem salonartigen Einheitsraum und mit schönen 1950er-Kostümen (Etienne Pluss/Barbara Drosihn) – und lässt die Geschichte dann einfach laufen, ihre Konzentration liegt auf der Hauptfigur (und etwas auf dem unglücklichen Liebhaber). Nur ganz leicht zwinkert in der überdrehten Chorszene etwas Ironie. Die grossen Gefühle, um die es hier aber schliesslich ganz allein geht, bekommen viel Platz, das Libretto wird ganz direkt umgesetzt. Da regt szenisch nichts auf, aber auch kaum etwas an. Was damit in den Fokus rückt, ist die sentimentale, ja kitschgefährdete Entwicklung der Hauptfigur Magda. Eine Erinnerung an eine flüchtige Bekanntschaft droht, sie in eine traditionelle Beziehung zu treiben, jedoch flieht

sie davon in ihr altes Leben mit dem Sugar-Daddy Rambaldo (Vladimir Stojanov), während eine ganze Schar von Nebenfiguren um sie wuselt – szenisch wie musikalisch. Das zweite Paar Lisette und Prunier bekommt bei Sandra Hammou und Juan Francesco Gatell immerhin sängerisch Profil.

Diese Rondine funktioniert, nicht wegen oder durch die Inszenierung oder dem Dirigat Fabio Armiliatos. Der Routinier interpretiert die Partitur mit zunehmend breitem Pinsel und ganz auf die beiden Protagonisten zugeschnitten. An ihnen liegt fast alles, sie lösen alles ein. Benjamin Bernheim zeigt, dass er auch zur grosse, lauten Emphase fähig ist, sein Tenor bleibt dabei flexibel und klangschön. Noch eindrücklicher aber ist, wie er leise gestaltet. Schade, bekommt er keine richtige, eingängige Arie. «La Rondine» hat nur eine davon, sie kommt schon in der ersten Viertelstunde und gibt Ermonela Jaho erste Gelegenheit, ihre fulminante Gestaltungsfähigkeit zu demonstrieren. Da sitzt emotional jeder Ton. Jaho kann ihren Sopran aufblühen lassen, ohne dass er seinen warmen Klang verliert, sie kommt mühelos noch über die grössten Orchesterwogen. Noch eindrücklicher aber: Wie sie ganz leise Töne ansetzen und entwickeln kann, dass sie das Opernhaus füllen. Ihr nimmt man jedes Wort ab, so belanglos es auch sein mag. Diese Rondine ist Oper, um ungestört die grossen Gefühle mitzuerleben und der idealen Besetzung zu lauschen. *tg.*

«La Rondine», bis 28.10., Opernhaus, Zürich.



(Bild: Monika Rittershaus)

Ich glaube

Ich glaube, ich glaube nicht so oft an das Gute im Menschen, nur manchmal, kürzlich dafür ganz besonders. Ich war an der Buchvernissage eines Freundes, der zur Ästhetik der Rührung geschrieben hat. Der Freund selbst ist ein tief denkender und fühlender Mensch, das wusste ich, wie sehr wurde mir teilweise erst an dieser Lesung bewusst. Es war wohltuend auf eine vielschichtige Art. Menschen zu beobachten, die anderen zuhören und ganz eingenommen sind von dem, was gesprochen wird, haben es mir immer schon sehr angetan. Es hatte viele von ihnen an diesem Abend. Menschen, die eine Lust und Begeisterung für einen Gegenstand haben, ihn diskutieren, hinterfragen, an ihm zweifeln, ebenso. So vergeistigte Wesen, ehrlich bewegt und zugetan, sind immer irgendwie berauschend für mich. Dazu kommt, dass die Rührung als Gefühl mir alles andere als fremd ist. Ein anderer guter Freund, mit dem ich vor vielen Jahren im Kantonsrat sass, wird sich daran erinnern. Wann immer nämlich Gäste auf der Tribüne im alten Rathaus am Limmatquai persönlich vom Kantonsratspräsidenten oder der Kantonsratspräsidentin begrüsst wurden, hatten wir Wasser in den Augen. Ich musste mich nur kurz zu ihm umdrehen und sah in ihm, was auch in mir vorging: eine unmittelbare Rührung ob der Situation, vielleicht, weil sie sich erhaben und zugleich ehrlich anfühlte, wie wir Parlamentarier:innen dastanden und den Gästen applaudierten. Auf jeden Fall durfte ich mich dann nicht mehr umdrehen

in diesen Situationen, wir wären beide in Tränen ausgebrochen. Nach der Lesung traf ich auf einen Bekannten. Ihm war immer wieder durch den Kopf gegangen, während der Veranstaltung, wie wir alle hier sassen und uns über Rührung unterhielten, während anderswo der Krieg tobte, die Dämme brachen, die Erde bebte. Sodom und Gomorra also, während wir uns um ein Gefühl kümmerten. Das hat mich dann nicht mehr losgelassen, weil ich ja selbst so eingetaucht war in die Schönheit der Gedanken dieser Lesung und dann offenbar den Krieg vergessen hatte und das Leiden um uns herum. Das Dilemma an und für sich war und ist mir nicht fremd. So oft habe ich ein schlechtes Gewissen, wenn ich glücklich bin, weil es anderen so schlecht geht, und ebenso habe ich ein schlechtes Gewissen, wenn es mir schlecht geht, weil andere ja noch viel schlimmer dran sind. Dann habe ich mir allerdings den Krieg einmal ganz genau überlegt. Das Elend. Die Angst. Die Verzweiflung. Den Tod. Und dann kam tatsächlich so etwas wie Hoffnung. Die grössten Momente der Rührung nämlich hatte ich im Zusammenhang mit den Schrecken dieser Welt, und zwar immer dann, wenn Menschen das Menschlichste in sich mobilisierten. Oder vielleicht ist das falsch, es ist nicht das Menschlichste, sondern es ist schlicht der Moment, in dem Menschen vollkommen gegen oder auch ganz ohne eigene Interessen agieren, in höchstem Grade unegoistisch, vielleicht sogar so weit gehen, sich selber zu schaden oder in

Lebensgefahr zu bringen, um anderen zu helfen, zu retten. Der Krieg, die Katastrophe, so schien mir plötzlich, sind nicht das Gegenstück zur Rührung, kein Widerspruch, sondern die Umgebung, die eine Vollendung dieses Gefühls überhaupt erst möglich machen. Mir fielen Geschichten ein über all die mutigen Menschen, die Verfolgte bei sich verstecken. Über die, die tage- und nachtelang mithelfen, Überlebende in Trümmern zu suchen, mit baren Händen, am Rande der Erschöpfung. Menschen, die ihr schönes Leben hier aufgeben, um in Lagern in Griechenland Gestrandeten und Vergessenen zu helfen. Menschen, die sich von Verboten nicht abhalten lassen und trotzdem Flüchtlinge im Mittelmeer retten, oft unter bedrohlichsten Umständen, Menschen, die sich Diktaturen widersetzen und trotzdem demonstrieren gegen Unterdrückung, trotzdem sagen und schreiben, was sie denken und dabei nicht wissen, ob es vielleicht das Letzte ist, was sie tun. Damit andere, ihre Kinder, Freunde vielleicht einmal in Freiheit leben dürfen. Wenn ich über solche Beispiele lese, habe ich oft Tränen in den Augen. Rührung, in diesem Zusammenhang, ist dann nicht nur eine Reaktion, sondern ein

Beweis: für das Gute im Menschen. Solange das so ist, gibt es Hoffnung. Das glaube ich.



Andrea Sprecher

Reklame

**FÜRS KLIMA
GRÜNE WÄHLEN**

AM 22. OKTOBER IN DEN NATIONALRAT
DANIEL LEUPI IN DEN STÄNDERAT

V.L.N.R.: MERET SCHNEIDER, BALTHASAR GLÄTTLI,
KATHARINA PRÉLICZ-HUBER, BASTIEN GIROD, ANNA-BÉATRICE
SCHMALTZ, DANIEL LEUPI, MARIONNA SCHLATTER